

Aus der Geschichte der Stadt Leverkusen

Gert Nicolini

**Die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Leverkusen
von 1871 bis 1912**

Aus der Geschichte der Stadt Leverkusen

Verfasser:

Dr. Gert Nicolini
Am Vogelkreuz 17
51371 Leverkusen

E-Mail: gert.nicolini@web.de

Leverkusen 2007

Für die Unterstützung bei der Erschließung des Quellenmaterials für den vorliegenden Bericht bedanke ich mich vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchivs Leverkusen. Die Leiterin des Archivs, Frau Gabriele John, hat die Abschnitte 2 und 4.4. verfasst; dafür gilt ihr mein besonderer Dank.

Diese Veröffentlichung liegt nicht als originäre Druck-Auflage vor; deshalb wird bei der Verwendung der bibliographischen Angaben (z. B. als Quelle oder als Zitat) der Hinweis auf die Internet-Adresse empfohlen.

Nachdruck und sonstige Vervielfältigungen sind - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet. Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Verfassers diese Veröffentlichung oder Teile daraus zum Zwecke der allgemeinen Verbreitung zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme (z. B. Internet) zu übernehmen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	4
1. Methodische Hinweise	4
2. Das Kaiserreich (1871 bis 1918)	6
3. Parteien und Wahlen im Kaiserreich	8
3.1. Die Entstehung und die Entwicklung der politischen Parteien	8
3.2. Das Reichstagswahlssystem	10
3.3. Die Reichstagswahltermine	11
4. Die Reichstagswahlergebnisse	12
4.1. Struktur und Entwicklung der Wahlentscheidungen	12
4.1.1. Charakteristische Strukturen und Tendenzen als Ursachen für das Wahlverhalten im Wahlkreis Solingen	12
4.1.2. Die Ergebnisse der Wahlen im Wahlkreis Solingen	13
4.1.3. Die Ergebnisse der Wahlen im Stadtgebiet Leverkusen	16
4.2. Die Einzel-Ergebnisse der Wahlen nach Wahlterminen	22
4.3. Die Einzel-Ergebnisse der Wahlen nach Gemeinden/Bürgermeistereien	43
4.4. Die gewählten Reichstagsabgeordneten im Wahlkreis Solingen	49
Anhang:	
Die Reichstagswahl-Ergebnisse im Deutschen Reich, im Regierungsbezirk Düsseldorf, im Wahlkreis Solingen und in Leverkusen	52
Die Sitzverteilung im Reichstag nach den Wahlen von 1871 bis 1912	55
Quellenverzeichnis	56
Literaturhinweise	62
Abkürzungshinweise	66

Vorwort

Der vorliegende Bericht informiert über die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 im Gebiet der späteren Stadt Leverkusen, und zwar auf der Ebene der damals noch selbstständigen Gemeinden Wiesdorf, Bürrig, Opladen, Schlebusch, Steinbüchel, Lützenkirchen, (Bergisch) Neukirchen, Hitdorf und Rheindorf.¹ Der hier gewählte Zeitraum markiert die Spanne zwischen der Gründung und dem Ende des deutschen Kaiserreiches.²

1. Methodische Hinweise

Die Zusammenstellung der Wahlergebnisse war schwieriger als erwartet; eine vollständige Dokumentation ist nicht gelungen.

Die Quellenlage stellte sich als sehr lückenhaft heraus. Das Auffinden kleinräumiger Wahlergebnisse im Kaiserreich ist allerdings allgemein - vor allem durch den damaligen „Verzicht auf die amtliche Veröffentlichung der Ergebnisse in den Urwahlbezirken und Gemeinden“³ - beeinträchtigt. Die unveröffentlichten Wahlakten sind meist verloren gegangen.⁴ Als Hauptquelle für lokale und regionale Wahlergebnisdokumentationen steht daher vor allem die Berichterstattung in der jeweiligen Lokalpresse zur Verfügung, aus denen die Ergebnisse „mühsam ... erschlossen werden müssen.“⁵ Für den vorliegenden Bericht wurde u. a. auf den „Verkündiger“⁶, den „Boten“⁷, das „Solinger Kreis-Intelligenzblatt“ und die „Bergische Arbeiterstimme“⁸ zurückgegriffen.⁹

Auch die Bibliographie der Veröffentlichungen aus dem rheinisch-bergischen Raum¹⁰ kennt keine einschlägigen Titel; sekundärstatistische Dokumentationen zum Thema liegen kaum vor. Einzelne Ergebnisse der Reichstagswahlen für „Leverkusen“ wurden von Müller¹¹, Braun¹² und John¹³ aufbereitet.

¹ Die Veröffentlichung ergänzt die bislang vorliegenden beiden Dokumentationen des Verfassers, in denen die Wahlergebnisse von 1919 bis 1933 und von 1946 bis 1990 - ebenfalls für das Gebiet der Stadt Leverkusen - zusammengestellt sind (siehe die Literaturhinweise im Anhang).

² Der 1912 gewählte Reichstag blieb während der Zeit des Ersten Weltkrieges bis 1918 im Amt. Die turnusmäßige Neuwahl wurde bis zur Beendigung der Kampfhandlungen verschoben. In der Zeit von 1912 bis 1918 gab es nur Ersatzwahlen in einzelnen Wahlkreisen (vgl. z. B. Ritter 1980, S. 20).

³ Ritter 1980, S. 18. Vgl. dort auch S. 31.

⁴ Vgl. Ritter 1980, S. 18. Zumindest teilweise wurden Wahlakten bewusst und systematisch vernichtet (vgl. z. B. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Regierung Düsseldorf, Landratsamt Solingen Nr. 417).

⁵ Ritter 1980, S. 18.

⁶ „Verkündiger an der Nieder=Wupper und Wöchentlicher Anzeiger“ (ab 1907 „Opladener Zeitung“) - „evangelisch-liberal“ (Müller 1987, S. 226) ausgerichtet.

⁷ „Der Bote am Rhein und an der Nieder-Wupper“ - „eine bewußt die Interessen der katholischen Bevölkerung vertretende Zeitung“ (Müller 1987, S. 226); „eine Zeitung mit katholischer Tendenz“ (John 2005, S. 293; vgl. auch Braun 1994 (I), S. 32 u. 33 u. Braun 1994 (II), S. 41).

⁸ „Bergische Arbeiterstimme“ (ab 1890) - „eine eigene SPD-Zeitung ... für die Arbeiter und die Arbeiterbewegung“ (Braun 1994 (III), S. 51); eine „Zeitung der Arbeiterbewegung für die Region“ (John 2005, S. 301).

⁹ Siehe Quellenverzeichnis.

¹⁰ Vgl. z. B. Rauchenbichler 1985.

¹¹ Vgl. Müller 1987, S. 230ff. und 1994.

¹² Vgl. Braun 1994 (I), 1994 (II), 1994 (III).

¹³ Vgl. John 2005, insbesondere S. 302.

Die eingeschränkte Verfügbarkeit der Wahlergebnisse ist auch auf die administrative Zugehörigkeit einzelner Gemeinden zu Bürgermeistereien¹ und die sehr lückenhafte Berichterstattung über die jeweilige Zahl der Wahlberechtigten, Wähler und ungültigen Stimmen zurückzuführen.

Für fünf Hauptwahlen² und fünf Stichwahlen³ wurden keine Ergebnisse für Rheindorf gefunden.⁴ Die für „Leverkusen“ insgesamt errechneten Stimmenanteile dürften bei diesen Wahlen - dem Gewicht der Rheindorfer Stimmen entsprechend - für das Zentrum wohl zu niedrig und für die anderen Parteien eher zu hoch sein.

Nicht immer konnten die Wahlergebnisse für die Bürgermeistereien Opladen-Land (ab 1889 Küppersteg) und Schlebusch auf der Gemeindeebene - also im Einzelnen für Wiesdorf und Bürrig sowie für Schlebusch, Steinbüchel und Lützenkirchen - dokumentiert werden; in einigen Fällen lagen die Wahlergebnisse nur für die jeweilige Bürgermeisterei insgesamt vor. Für die Haupt- und die Stichwahl 1887 war für Opladen und die Bürgermeisterei Opladen-Land ein Nachweis nur für beide Gebiete zusammen möglich.

Auf die Angabe der Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler und der ungültigen Stimmen - und damit auch der Wahlbeteiligung - wurde verzichtet, weil die Informationen diesbezüglich sehr lückenhaft und in einzelnen Fällen widersprüchlich sind; die Differenzen waren meist nicht erklärbar. Offensichtlich war die Wahlbeteiligung seinerzeit kaum von Interesse: So berichteten z. B. die lokalen Tageszeitungen darüber nur sporadisch.

In den tabellarischen Einzelübersichten⁵ sind in den Spaltenüberschriften bei den Hauptwahlen jeweils die Parteien und bei den Stichwahlen die Kandidaten angegeben. Das jeweilige Pendant ist in den Fußzeilen der Tabellen vermerkt.

Soweit Stimmenanteile (in %) oder Anteilsentwicklungen (in %-Punkten) der Parteien angegeben sind, beziehen sie sich stets auf die Zahl der gültigen Stimmen.

In einigen der im Quellenverzeichnis aufgeführten Akten des Stadtarchivs Solingen sind Extra-Blätter mit Wahlergebnissen des Solinger Kreis-Intelligenzblattes, der Solinger Zeitung, des Ohligser Anzeigers, der Walder Zeitung, der Ohligser Zeitung und des Tages-Anzeigers enthalten, die hier nicht gesondert als Quelle aufgeführt sind.

Die „zersplitterten“ Stimmen wurden - soweit sie bekannt waren - in den vorliegenden Tabellen den „sonstigen“ Stimmen hinzugerechnet.

Häufig fanden sich in verschiedenen Quellen zahlenmäßig widersprüchliche Angaben zu den Wahlergebnissen. Nicht immer konnte dafür eine Erklärung gefunden werden. In einigen Fällen handelt es sich um den Unterschied zwischen dem vorläufigen und dem endgültigen Wahlergebnis; auch Schreib- bzw. Druckfehler wurden erkannt. Soweit die Differenzen nicht eindeutig zu klären waren, ist ein Irrtum bei der

¹ Zur Entwicklung der kommunalen Gebietsgliederung im Raum Leverkusen vgl. z. B. die diesbezügliche Übersicht in KulturStadtLev 2005, S. 174f.

² 1871, 1884, 1887, 1890 und 1893.

³ 1874, 1878, 1884, 1887 und 1893.

⁴ Rheindorf gehörte neben Monheim und Baumberg bis 1897 zur Bürgermeisterei Monheim. Für die genannten Wahlen liegen dem Verfasser die Ergebnisse nur für die Bürgermeisterei insgesamt vor; Einzelergebnisse für die drei Gemeinden konnten nicht ermittelt werden.

⁵ Vgl. Abschnitt 4.2., S. 22ff.

hier als vermeintlich richtig ausgewählten Zahl natürlich nicht ausgeschlossen. Die Fehlerquote darf diesbezüglich aber recht gering eingeschätzt werden; die dadurch entstandene Verfälschung des jeweiligen Wahlergebnisses wird zu vernachlässigen sein. Die erkennbaren Trends in der Entwicklung, aber auch die strukturellen Größenordnungen, dürften nicht verzerrt worden sein.

Zum allgemeinen Studium der Zeit des deutschen Kaiserreiches und der deutschen Parteiengeschichte kann hier nur auf die nahezu unübersehbare Fülle der diesbezüglichen Literatur hingewiesen werden. Der folgende kurze Überblick über die Zeit von 1871 bis 1918 stützt sich auf die Veröffentlichungen von Berghahn und Boldt.¹

2. Das Kaiserreich (1871 bis 1918)

Nachdem Preußen im deutsch-französischen Krieg (1870/71) nicht nur von den Staaten des Norddeutschen Bundes, sondern auch von den süddeutschen Staaten unterstützt worden war, wurde durch die Proklamation des preußischen Königs, Wilhelm I. (* 1797, † 1888, dt. Kaiser 1871 - 1888) zum deutschen Kaiser in Versailles am 18. Januar 1871 das Deutsche Reich gegründet. Mit der Einigung der deutschen Staaten unter preußischer Hegemonie fand die deutsche Nationalstaatsbewegung ihren Abschluss - wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen als die Liberalen der 1848er-Bewegung es erstrebt hatten.

Verfassungsorgane des deutschen Bundesstaates waren der Kaiser, „eine Art Einmann-Regierung“², der Reichskanzler, der Reichstag und der mit weiten Befugnissen ausgestattete Bundesrat als Vertretung der Einzelstaaten. Der Reichstag war an der Gesetzgebung und an der Feststellung des Reichshaushalts (Ausnahme: Militärausgaben) beteiligt. Der Reichskanzler und die diesem untergeordneten Staatssekretäre wurden vom Kaiser ernannt; sie waren nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig. In wesentlichen Politikfeldern - wie z. B. der Außenpolitik - hatte der Reichstag keine Kontrollrechte. Der Bundesrat konnte Initiativen des Reichstages blockieren und das Parlament mit Zustimmung des Kaisers vorzeitig auflösen.

Erster Reichskanzler wurde der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck (* 1815, † 1898, Reichskanzler 1871 - 1890), der den neuen Nationalstaat durch Sammlung der mit der Monarchie der Hohenzollern konformen Kräfte zu stabilisieren suchte. Dazu gehörten u. a. große Teile der Liberalen. Ein wesentliches Element der Mobilisierung der „reichstragenden Kräfte“ war die Isolierung von „Reichsfeinden“, die - auf jeweils unterschiedliche Zielgruppen bezogen - die Innenpolitik Bismarcks prägte.

Der Versuch der Ausgrenzung der katholischen Kirche („Kulturkampf“) während der 1870er-Jahre brachte einen großen Teil der katholischen Minderheitsbevölkerung in Bedrängnis, führte aber letztlich zur Festigung des politischen Katholizismus. Ihren Ausdruck fand diese neu gewonnene Stärke in einem engen Netz kirchennaher Vereine und Organisationen sowie in den Erfolgen der Zentrumspartei, die ihre Hochburgen in den preußischen Westprovinzen, der Provinz Schlesien und im Königreich Bayern hatte.

¹ siehe Literaturhinweise, S. 62.

² Boldt 1993, S. 174.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der mit den „Sozialistengesetzen“ (1878 - 1890) einen vorläufigen Höhepunkt fand, entfremdete dem Staat einen großen Teil der Industriearbeiterschaft. Daran konnte auch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung (1883 - 1889) wenig ändern, zumal deren Anfänge - was die Zahl der Versicherten und die Leistung der Versicherung angeht - recht bescheiden waren. Vielmehr entwickelte die organisierte Arbeiterschaft ein starkes politisches Selbstbewusstsein gegenüber den den Obrigkeitsstaat repräsentierenden Kräften in Reich und Bundesstaaten.

Die Auseinandersetzung um die Einführung von Schutzzöllen (1879), die vor allem der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz zugute kamen, führte zur endgültigen Spaltung der den Reichstag in den 1870er-Jahren dominierenden Liberalen und zur Hinwendung des Reichskanzlers zu den Konservativen. Insbesondere die Linksliberalen, die eine stärkere Parlamentarisierung, d. h. die verfassungsrechtliche Abhängigkeit der Reichsregierung vom Parlament, und Demokratisierung anstrebten, gerieten damit in eine Randposition. Von dieser Entwicklung zu konservativen und nationalen und nationalistischen Kräften, der große Teile des Zentrums und der Liberalen sowie die Sozialdemokratie sehr distanziert gegenüberstanden, hat man auch als „zweiter Reichsgründung“ gesprochen.

Außenpolitisch kündigte sich seit den 1880er-Jahren eine Veränderung an, indem nun auch Deutschland überseeische Kolonien anstrebte. Das Zerfallen des Bismarckschen Bündnissystems nach der Entlassung des Kanzlers durch Wilhelm II. (* 1859, † 1941, dt. Kaiser 1888 - 1918) störte das europäische Gleichgewicht und veränderte die außenpolitische Situation Deutschlands zu dessen Ungunsten. Das Land trat in direkte politische, wirtschaftliche und militärische Konkurrenz mit den europäischen Großmächten (z. B. Flottenpolitik), die 1914 schließlich in den Ersten Weltkrieg mündete.

Den Wandel zur Industriegesellschaft kennzeichnet nicht nur die Zunahme von industriellen Großbetrieben und die Steigerung des industriellen Sektors am Bruttosozialprodukt vor allem seit den 1890er-Jahren. Zwischen Reichsgründung und Kriegsbeginn wuchs die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 41 auf 67 Mio. Menschen; erstmals in der deutschen Geschichte lebten mehr Menschen in Städten als auf dem Land, davon etwa 20 % in Großstädten (1913). Aber auch in industriell geprägten Landgemeinden - wie z. B. in der Gemeinde Wiesdorf - machten sich die gesellschaftlichen Umbrüche deutlich bemerkbar.

Die Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe wurden mehr und mehr als unzureichend empfunden. Durch das Mehrheitswahlrecht, das vor allem die Sozialdemokraten prinzipiell benachteiligte, und den Zuschnitt der Wahlkreise, die trotz erheblicher Wanderungsbewegungen über den gesamten Zeitraum keine Veränderung erfuhren, waren große Teile der Bevölkerung politisch unterrepräsentiert. In den Wahlrechtsbewegungen der Jahre 1905 und 1910 machten sich Proteste gegen das (nicht für den Reichstag geltende) Dreiklassenwahlrecht und die durch demographische Verschiebungen und die Steuergesetzgebung bedingte Benachteiligung bevölkerungsreicher, industriell geprägter Wahlkreise Luft. Aus den Wahlen des Jahres 1912 ging die SPD mit fast 35 % der Stimmen als stärkste Fraktion im Reichstag hervor. Jedoch ist es vor dem Krieg zu Reformen nicht mehr gekommen.

Im August 1914 hatten große Teile der Bevölkerung den Kriegsbeginn begeistert begrüßt. Im Laufe des Krieges jedoch wurde das Versagen der Reichsleitung und der

sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte immer offensichtlicher. Im Interfraktionellen Ausschuss fanden sich im Juli 1917 die für einen Verständigungsfrieden und Reformen eintretenden Mehrheitsparteien SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei zusammen. Zu der Verfassungsreform vom 28. Oktober 1918, die u. a. außenpolitische Verträge von der Zustimmung des Reichstages abhängig machte, den Reichskanzler an das Vertrauen des Parlaments band und ihn gegenüber Reichstag und Bundesrat verantwortlich machte, kam es aber aufgrund einer Forderung der Obersten Heeresleitung. Diese hatte von der Reichsleitung überraschend ein Waffenstillstandsangebot und die Bildung einer parlamentarischen Regierung verlangt: Nicht den Trägern des alten Systems, sondern den Mehrheitsparteien sollte die Verantwortung für die Bedingungen des Friedensschlusses aufgebürdet werden. Damit belasteten die alten Kräfte das parlamentarische System und die Weimarer Demokratie mit einer Hypothek, an der diese in den folgenden Jahren schwer zu tragen hatten.

Am 9. November 1918 dankte Wilhelm II. ab, das Deutsche Reich wurde Republik. Im Januar 1919 fanden die ersten wirklich allgemeinen Wahlen statt, an denen nun auch die Frauen teilnahmen. Die Zahl der Wahlberechtigten verdreifachte sich. Das Mehrheitswahlrecht wurde durch das Verhältniswahlrecht abgelöst.

3. Parteien und Wahlen im Kaiserreich

3.1. Die Entstehung und die Entwicklung der politischen Parteien

Der hier gewählte Zeitraum von 1871 bis 1912 spiegelt die erste Phase der Parteienlandschaft in Deutschland wider.

Die politischen Gruppierungen im Parlament der Frankfurter Paulskirche (1848) waren noch „Vorformen“¹ der späteren Parteien. Zwar hatten sich seinerzeit schon einzelne politische Richtungen² formiert; die konkrete Gründungsphase der Parteien begann aber erst in den 1860er-Jahren. Die Reichsverfassung von 1871 bildete schließlich „den eigentlichen institutionellen Rahmen für die Frühentwicklung der deutschen Parteien“³, obwohl sie - wie später auch noch die Weimarer Verfassung - „offiziell keine Parteien“⁴ kannte.

Bis zur Reichsgründung und der ersten Reichstagswahl 1871 hatten sich vier große Parteigruppierungen gebildet - die Liberalen, die Konservativen, die Katholiken und die Sozialisten; Liberale und Konservative spalteten sich schon recht bald in je zwei Untergruppierungen, „so dass das Deutsche Kaiserreich bis zur Weimarer Republik im wesentlichen von sechs Parteien geprägt wurde“⁵. Im Einzelnen handelte es sich - neben weiteren „kleineren“ Parteien - um die Deutsche Fortschrittspartei, die Nationalliberale Partei, die Freikonservative Partei⁶, die Deutsch-Konservative Partei, das

¹ von Alemann 2000, S. 13. Vgl. z. B. auch Lösche 1993, S. 26.

² Vgl. z. B. Tormin 1968, S. 29ff. und Kaack 1971, S. 26f.

³ von Alemann 2000, S. 17.

⁴ Tormin 1968, S. 15.

⁵ von Alemann 2000, S. 15. Streng genommen muss bis Mitte der 1870er-Jahre zunächst von einem „Fünf-Parteien-System“ (Vgl. z. B. Lösche 1993, S. 27, 39 u. 40) gesprochen werden; die Deutsch-konservative Partei wurde erst 1876 gegründet.

⁶ Die Freikonservative Partei trat seit 1871 auf nationaler Ebene, also u. a. bei den Reichstagswahlen, unter dem Namen „Deutsche Reichspartei“ an (vgl. z. B. Lösche 1992, S. 33).

Die Entstehung und Entwicklung der deutschen Parteien bis 1912

Jahr	Liberalen	Konservative	Katholiken	Sozialisten
1861	Deutsche Fortschrittspartei			
1863	↓			Allg. Deutscher Arbeiterverein
1866	↓	Freikonservative Partei ¹⁾		↓
1867	" <i>Liberalismus</i> " ²⁾ Nationalliberale Partei	↓		↓
1869	↓	↓		Sozialdemokr. Arbeiterpartei
1870	↓	↓	Zentrum	↓
1875	↓	↓	↓	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
1876	↓	↓	↓	↓
1878	↓	Deutsch-Konservative Partei	↓	↓
1880	↓	Christl.-Soziale Arbeiterpartei	↓	↓
1881	↓	↓	↓	↓
1881	↓	Christlich-Soziale Partei ³⁾	↓	↓
1884	Deutsche Freisinnige Partei	↓	↓	↓
1891	↓	↓	↓	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
1893	Freisinnige Volkspartei	↓	↓	↓
1893	Freisinnige Vereinigung	↓	↓	↓
1910	Fortschrittliche Volkspartei ⁴⁾	↓	↓	↓
1912	↓	↓	↓	↓

¹⁾ Die Freikonservative Partei trat seit 1871 auf nationaler Ebene, u. a. bei den Reichstagswahlen, als „Deutsche Reichspartei“ an. (vgl. z. B. Tormin 1968, S. 61 und Lösche 1992, S. 33)

²⁾ Gemäß der amtlichen Wahlergebnismittlung, ohne Splitterparteien. (vgl. z. B. StUBDR 1926, S. 446f.)

³⁾ Seit 1881 gehörte die Christlich-Soziale Partei als selbstständige Gruppe zur Deutschkonservativen Partei. (vgl. z. B. Lösche 1994, S. 53)

⁴⁾ Einschließlich der Deutschen Volkspartei.

Zentrum und die Sozialdemokraten.¹ Die Deutsche Fortschrittspartei umspannte zunächst das breite, später stark zersplitterte Spektrum² der linksliberalen politischen Richtung. In der Rheinprovinz hatten die konservativen Parteien eine vergleichsweise geringe Bedeutung; im Wahlkreis Solingen traten sie nur zur Reichstagswahl 1887 mit einem gemeinsamen Kandidaten der Nationalliberalen an.

In den politischen Entscheidungsprozessen kam den Parteien aber auch im Kaiserreich noch keine wesentlich ausgeprägte parlamentarische Kompetenz zu³; sie spielten „eine vergleichsweise unbedeutende Rolle“⁴. Die Reichstagsabgeordneten hatten nur eingeschränkte Gesetzgebungs-, Budget- und Kontrollrechte⁵. Bis zur Konstituierung der „Weimarer Republik“ 1919 blieb der Reichstag auch „als Bühne der Parteien ... ein amputiertes Parlament ... ohne volle demokratische Rechte“⁶.

3.2. Das Reichstagswahlssystem

Für die Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 galt ein absolutes Mehrheitswahlrecht: Es wurden ausschließlich Wahlkreiskandidaten gewählt; (Reserve-)Listen gab es nicht. Gewählt war jeweils der Kandidat, der im Wahlkreis im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erzielte. Falls dies keinem der Kandidaten gelang, folgte ein zweiter Wahlgang als Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten des ersten Wahlgangs.⁷

Für die erste Legislaturperiode (1871 - 1874) waren 382 und ab der zweiten Legislaturperiode jeweils 397 Abgeordnete zu wählen. Dementsprechend gab es zunächst 382, ab 1874 dann 397 Wahlkreise, deren Zahl und Zuschnitt für alle Reichstagswahlen bis 1912 unverändert blieben.⁸ Alle damals zur heutigen Stadt Leverkusen⁹ zählenden - seinerzeit noch selbstständigen - Städte bzw. Gemeinden¹⁰ gehörten zum Wahlkreis „209 - Solingen“, der mit dem Kreis Solingen als Verwaltungsbezirk deckungsgleich war. Der Regierungsbezirk Düsseldorf, zu dem der Kreis Solingen seinerzeit zählte, umfasste insgesamt 12 Reichstagswahlkreise.¹¹

Aus heutiger Sicht kannte das Wahlrecht eine kuriose Regelung: Es gab keine von amtlicher Stelle - also etwa von den Gemeinde- oder Bürgermeistereiverwaltungen - ausgegebenen Stimmzettel mit der Auflistung aller Wahlvorschläge; vielmehr vermerkte der Wähler auf einem individuellen Stimmzettel „von weißem Papier ... außerhalb des Wahllokals ... handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung“¹² den Namen des Kandidaten, dem er seine Stimme geben wollte. Wahlkabinen wurden erst ab 1903 üblich.

¹ Zur Entstehung und Entwicklung der Parteien im Kaiserreich siehe das Schaubild S. 9.

² Vgl. z. B. Tormin 1968, S. 87ff. und Lösche 1993, S. 47.

³ Vgl. z. B. Tormin 1968, S. 71, Lösche 1993, S. 41ff. und von Alemann 2000, S. 17.

⁴ Lösche 1993, S. 41.

⁵ Vgl. z. B. Ritter 1980, S. 24f., Lösche 1993, S. 10 und von Alemann 2000, S. 17.

⁶ von Alemann 2000, S. 17.

⁷ Vgl. z. B. Ritter 1980, S. 27 und von Alemann 2000, S. 24.

⁸ Vgl. z. B. Tormin 1968, S. 72, Ritter 1980, S. 28 und von Alemann 2000, S. 31.

⁹ Stadtgebiet in den Grenzen seit dem 1. Januar 1975.

¹⁰ Siehe oben, S. 4.

¹¹ Vgl. z. B. Ritter 1980, S. 49ff.

¹² Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869, §§ 10 und 11; das Wahlgesetz von 1869 blieb in seinen wesentlichen Bestimmungen auch nach 1871 gültig.

3.3. Die Reichstagswahltermine

In der Zeit von 1871 bis 1912 wurden in Deutschland 13 Reichstagswahlen durchgeführt, und zwar 1871, 1874, 1877, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890, 1893, 1898, 1903, 1907 und 1912.¹ Bei acht Wahlen - 1874, 1877, 1878, 1881, 1884, 1887, 1893 und 1898 - kam es im Wahlkreis Solingen jeweils zu einer Stichwahl.

Die Termine der Reichstagswahlen von 1871 bis 1919

(im Wahlkreis Solingen)

Legislaturperiode		Datum	
		Hauptwahl	Stichwahl
1	1871 – 1874	03.03.1871	-
2	1874 – 1877	10.01.1874	22.01.1874
3	1877 – 1878	10.01.1877	19.01.1877
4	1878 – 1881	30.07.1878	08.08.1878
5	1881 – 1884	27.10.1881	08.11.1881
6	1884 – 1887	28.10.1884	07.11.1884
7	1887 – 1890	21.02.1887	02.03.1887
8	1890 – 1893	20.02.1890	-
9	1893 – 1898	15.06.1893	23.06.1893
10	1898 – 1903	16.06.1898	24.06.1898
11	1903 – 1907	16.06.1903	-
12	1907 – 1912	25.01.1907	-
13	1912 – 1918	12.01.1912	-

¹ Die jeweiligen Wahltermine sind in der folgenden Übersicht aufgeführt. Zur Dauer der Legislaturperioden und Sessionen siehe z. B.: Schwarz 1965, S. 798ff.

4. Die Reichstagswahlergebnisse

4.1. Struktur und Entwicklung der Wahlentscheidungen

4.1.1. Charakteristische Strukturen und Tendenzen als Ursachen für das Wahlverhalten im Wahlkreis Solingen

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen im Wahlkreis Solingen waren durch deutliche Unterschiede zwischen dem „unteren“ mit dem „oberen“ Wahlkreis¹ geprägt.² Dabei spielten die konfessionellen Gegensätze eine ausschlaggebende Rolle:³ Der Kontext zwischen Konfession und parteipolitischer Präferenz war schon damals⁴ auch im rheinisch-bergischen Raum von Bedeutung. Vor allem die Liberalen und das Zentrum stützten sich auf relativ stabile, konfessionell homogene Wählergruppen: Der rheinisch-katholischen stand die bergisch-protestantische Bevölkerung gegenüber.⁵ Während die katholischen Gemeinden zu Hochburgen des Zentrums - „der Partei des politischen Katholizismus“⁶ - wurden, konnten sich die liberalen Parteien in den protestantischen Gebieten meist ebenso eindeutig profilieren.

Allerdings befanden sich die Katholiken im Hinblick auf ihr politisches Gewicht „in einer hoffnungslosen Minderheit“⁷. Nach einer Analyse der konfessionellen Bindungen der Wahlberechtigten⁸ lag der Anteil der Katholiken im Wahlkreis Solingen Mitte der 1870er-Jahre bei 35,1 %. Im „unteren“ Kreis machte er allerdings 57,3 % und in „Leverkusen“⁹ sogar 80,8 % aus. In Opladen¹⁰ lag der Anteil der Katholiken unter den Wahlberechtigten bei 90,0 %, in Schlebusch¹¹ bei 92,3 % und in Hitdorf bei 98,8 %. Daher verwundert es nicht, dass im „unteren“ Kreis und hier besonders in den später zu Leverkusen zählenden Orten das Zentrum auf relative hohe, die Liberalen aber eher auf bescheidene Stimmenanteile kamen.

Dass die Wahlergebnisse in (Bergisch) Neukirchen seinerzeit - vom übrigen Wahlverhalten im „unteren“ Kreis abweichend - überwiegend deutlich zugunsten der Liberalen und damit zuungunsten des Zentrums ausfielen, ist durch den relativ geringen Anteil der Katholiken in der schon zum „Bergischen“ zählenden Gemeinde bedingt. Das Votum für die Sozialdemokraten war weniger konfessionell geprägt; dennoch lassen sich auch für sie „Hochburgen“ erkennen: In Leverkusen galt Schlebusch lan-

¹ Zum „unteren“ Kreis zählten Richrath, Schlebusch (Bürgermeisterei, also einschließlich Steinbüchel und Lützenkirchen), Burscheid, Leichlingen, Opladen, Opladen-Land (Bürgermeisterei: Wiesdorf und Bürrig), Monheim (bis 1897 einschließlich Rheindorf), Hitdorf, (Bergisch) Neukirchen und Witzhelden, also auch das Gebiet der späteren Stadt Leverkusen; den „oberen“ Kreis bildeten Solingen, Dorp (1889 nach Solingen eingemeindet), Merscheid/Ohligs, Wald, Höhscheid und Gräfrath.

² Vgl. z. B. Bramann 1973.

³ Vgl. z. B. Müller 1987, S. 230 und 236, Braun 1994 (I), S. 30 und John 2005, S. 293ff., insbesondere S. 297f.

⁴ Die schon im Kaiserreich zu beobachtenden eindeutigen konfessionellen Bindungen einzelner parteipolitischer Strömungen blieben auch später von Bedeutung; sie lassen sich allgemein, so auch für die nordrhein-westfälischen und speziell die rheinisch-bergischen Landesteile, und selbst auch für den Raum Leverkusen, nachweisen (Vgl. hierzu z. B. Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 1969, S. 34ff. und Nicolini 1993 und 1999).

⁵ Vgl. z. B. Braun 1994 (I), S. 30 und John 2005, S. 293.

⁶ Müller 1987, S. 230.

⁷ Bramann 1973, S. 23.

⁸ Vgl. Bramann 1973, S. 30.

⁹ ohne Rheindorf.

¹⁰ Bürgermeistereien Opladen-Stadt und -Land, also einschließlich Wiesdorf und Bürrig.

¹¹ Bürgermeisterei Schlebusch, also einschließlich Steinbüchel und Lützenkirchen.

ge Zeit als „Mittelpunkt‘ der sozialdemokratischen Bewegung unserer heutigen Stadt“¹. Hier gab es eine „relativ ausgeprägte Sympathie für die SPD“².

Das Gewicht des „oberen“ Kreises war stets stärker und gab somit den Ausschlag für den Ausgang der Wahlen: „Hätte der Wahlkreis nur aus den Gemeinden des heutigen Stadtgebietes [Leverkusen] sowie Richrath und Monheim bestanden, wäre bei den acht Wahlen zum Reichstag ab 1871 keine einzige Stichwahl erforderlich gewesen: Der Kandidat der Zentrumsparterie wäre aus allen Wahlen als Sieger hervorgegangen.“³

4.1.2. Die Ergebnisse der Wahlen im Wahlkreis Solingen

Für die erste Reichstagswahl im Kaiserreich - 1871 - schlossen sich die beiden liberalen Parteien⁴ im Wahlkreis Solingen zu einem Wahlbündnis zusammen; dies ließ „einen eindeutigen Sieg der Liberalen“⁵ erwarten, der dann auch eintrat: Als gemeinsamer Kandidat wurde Dr. von Bunsen bereits im Hauptwahlgang gewählt; er erhielt 52,5 % der gültigen Stimmen, sodass eine Stichwahl nicht erforderlich wurde. Das Zentrum kam mit seinem Kandidaten Sänger auf 29,6 %; Dr Jacoby, der selbst der Deutschen Volkspartei angehörte, erreichte als gemeinsamer Kandidat von ADAV und SAP 17,8 %.

Auch für die zweite Reichstagswahl - 1874 - stellten die beiden liberalen Parteien wieder einen gemeinsamen Kandidaten auf: Dr. Kloepfel⁶, Mitglied der Fortschrittspartei, trat gegen den Zentrums-kandidaten von Schorlemer-Alst und die Kandidaten des ADAV (Luchtenberg) und der SAP (Dr. Jacoby) an. Bei der Hauptwahl erhielt Kloepfel 42,2 % der gültigen Stimmen; es kam zur Stichwahl gegen von Schorlemer-Alst (29,6 %), die Kloepfel recht deutlich (61,1 %) gewinnen konnte.⁷

Für die Reichstagswahl 1877 schlossen die Liberalen noch einmal ein Wahlbündnis - diesmal aber ohne Erfolg: Ihr Kandidat Jung erreichte mit einem Stimmenanteil von 36,3 % im ersten Wahlgang zwar die Stichwahl, war dort aber dem sozialdemokratischen Kandidaten Rittinghausen mit 41,2 % zu 58,8 % unterlegen. Schorlemer-Alst, der erneut für das Zentrum kandidierte, war mit einem Stimmenanteil von nur 27,8 % bereits in der Hauptwahl ausgeschieden.

Zu der schon rund eineinhalb Jahre später stattfindenden nächsten Reichstagswahl⁸ - 1878 - traten im Wahlkreis Solingen die Kandidaten Runge für die Deutsche Fortschrittspartei, Melbeck für die Nationalliberalen sowie Schorlemer-Alst zum dritten Mal für das Zentrum und Rittinghausen zum zweiten Mal für die Sozialdemokraten an. Obgleich die Fortschrittspartei zunächst ein erneutes Zusammengehen mit den Nationalliberalen anstrebte, gingen diese „ihren eigenen Weg“⁹ und stellten den

¹ Braun 1994 (I), S. 28; vgl. z. B. auch John 2005, S. 300.

² Braun 1994 (I), S. 30.

³ John 2005, S. 297. Vgl. hierzu auch Bramann 1973.

⁴ Deutsche Fortschrittspartei und Nationalliberale Partei.

⁵ Bramann 1973, S. 22.

⁶ auch Klöppel.

⁷ Schorlemer-Alst kam im Oktober 1874 über eine Nachwahl in den Reichstag; vgl. Bramann 1973, S. 31.

⁸ Zu den Gründen siehe z. B. Bramann 1973, S. 37f.

⁹ Bramann 1973, S. 40.

Landrat des Kreises Solingen auf, der „einen beachtlichen Erfolg“¹ erzielen konnte: Bei der Hauptwahl kam Melbeck auf einen Stimmenanteil von 39,7 %; auf Rittinghausen entfielen 29,4 %, auf Schorlemer-Alst 26,4 % und auf Runge 4,6 %. Die Stichwahl gewann Melbeck - wohl mit entscheidender Unterstützung der Zentrums-wähler des ersten Wahlgangs² - gegen Rittinghausen mit 57,2 % zu 42,8 %.

Bei der ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz³ im Jahre 1881 kandidierten der Kölner Stadtverordnete Hampohn für die Fortschrittspartei, Melbeck, der zwischenzeitlich der Deutschen Reichspartei⁴ beigetreten war, erneut für die Nationalliberalen, Rittinghausen zum dritten Mal für die Sozialdemokraten und von Schorlemer-Alst zum vierten Mal für das Zentrum. Für die Liberalen fiel die Wahl „niederschmetternd“⁵ aus: Hampohn kam auf 15,7 %, Melbeck auf 19,8 % der gültigen Stimmen. „Die lachenden Dritten“⁶ waren von Schorlemer-Alst (27,9 %) und Rittinghausen (36,5 %), die sich in der Stichwahl gegenüberstanden, die Rittinghausen überlegen mit 59,9 % gegen 40,1 % gewann.⁷

Noch vor der Reichstagswahl 1884 wurde Rittinghausen wegen Unstimmigkeiten aus seiner Reichstagsfraktion ausgeschlossen.⁸ Die Sozialdemokraten nominierten daraufhin den Lederhändler Schumacher als Kandidaten für den Wahlkreis Solingen. Da Rittinghausen aber nach wie vor innerhalb der Solinger Sozialdemokraten auf einen beachtlichen Rückhalt bauen konnte⁹, kam es zur Doppel-Kandidatur: Rittinghausen und Schumacher traten gegeneinander an. Die Deutsche Freisinnige Partei, die mittlerweile aus dem Zusammenschluss der Deutschen Fortschrittspartei und der Liberalen Vereinigung entstanden war, stellte den Berliner Schriftsteller und Redakteur Dr. Phillips auf, die Nationalliberalen entschieden sich für den Kölner Chemiker Dr. Grüneberg und das Zentrum wählte den Kölner Landtagsabgeordneten Fuchs zu seinem Kandidaten. Die Wahl „war für den Solinger Wahlkreis praktisch eine Neuauflage der letzten.“¹⁰ Schumacher und Fuchs kamen mit Anteilen von 35,1 % und 28,3 % in die Stichwahl, die Schumacher mit 62,2 % zu 37,8 % gewann. Rittinghausen hatte im Wahlkreis insgesamt nur 789 Stimmen (5,1 %) erhalten und zog sich daraufhin „aus dem öffentlichen Leben zurück.“¹¹

Für die Reichstagswahl 1887 stellten die Deutsche Freisinnige Partei den Berliner Schriftsteller Dr. Barth, die Nationalliberale Partei, die Freikonservative Partei und die Deutsch-Konservative Partei gemeinsam als „Kartell“ nochmals Melbeck, das Zentrum erneut Fuchs und die Sozialdemokraten wieder Schumacher als Kandidaten auf. Während Barth nur 3,7 % der gültigen Stimmen erzielte, kamen Melbeck auf 29,2 %, Fuchs auf 23,3 % und Schumacher auf 43,7 %; Schumacher gewann die Stichwahl gegen Melbeck mit 60,4 % zu 39,6 %.

¹ Bramann 1973, S. 43.

² Vgl. Bramann 1973, S. 43.

³ vom 21.10.1878; vgl. hierzu z. B. Görtemaker 1996, S. 283ff.

⁴ Freikonservative Partei, siehe Übersicht S. 9.

⁵ Bramann 1973, S. 52.

⁶ Bramann 1973, S. 52.

⁷ Von Schorlemer-Alst war zwar im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen gewählt worden, trat aber schon am 1. Dezember 1881 - vermutlich aus gesundheitlichen Gründen (vgl. Bramann 1973, S. 54) - als Reichstagsabgeordneter zurück.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen zwischen Rittinghausen und seiner Fraktions- und Parteimehrheit siehe z. B. Schaberg 1958 (I), S. 30 und Braun 1994 (II), S. 41f.

⁹ Für die Kandidatur Rittinghausens wurde ein „Arbeiter-Wahl-Comité“ ins Leben gerufen (vgl. Bramann 1973, S. 56).

¹⁰ Bramann 1973, S. 59.

¹¹ Schaberg 1958 (I), S. 30.

Im Vorfeld der Reichstagswahl 1890 gab es zunächst den Versuch, einen gemeinsamen Kandidaten des „Kartells“¹ und des Zentrums zu nominieren.² Das Vorhaben scheiterte jedoch. Das Zentrum nominierte daraufhin mit Reichensperger einen eigenen Kandidaten, während die Nationalliberalen den Beschluss fassten, ihren Wählern Wahlenhaltung zu empfehlen.³ Eine parteiinterne oppositionelle Gruppe, die mit dieser Entscheidung nicht einverstanden war, stellte dann allerdings den Landtagsabgeordneten von Eynern als Kandidat auf; gleichwohl blieb es seitens der Leitung der Partei bei dem Aufruf zur Wahlenhaltung. Die Deutsch-Freisinnige Partei stellte schließlich mit dem Berliner Oberbürgermeister von Forckenbeck auch einen eigenen Kandidaten auf. Die Querelen schadenen sowohl den Liberalen als auch dem Zentrum: Schumacher, erneut Kandidat der Sozialdemokraten, erzielte 66,1 % der gültigen Stimmen, so dass es nicht einmal zu einer Stichwahl kam. Der Sieg Schumachers war „triumphal“⁴: Zum ersten Mal hatte ein Sozialdemokrat den Solinger Wahlkreis im ersten Wahlgang gewonnen, und dies mit einer soliden Mehrheit von fast zwei Drittel der Stimmen.

Die Wahl 1890 war zwar noch einmal „ein eindrucksvoller Beweis ... für die Beliebtheit Schumachers bei seinen Wählern“⁵, doch schon bald danach wurden innerhalb der Partei Stimmen laut, „die Schumacher die führende Rolle nicht mehr zuerkennen.“⁶ Damit begannen die so genannten „Solinger Streitigkeiten“⁷, die „wie ein aufdringlicher roter Faden“⁸ die damalige politische Situation im Wahlkreis Solingen charakterisieren und „eines der peinlichsten Kapitel in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“⁹ markieren. Im Vordergrund des langjährigen innerparteilichen Konfliktes stand die „Diskussion über die beste wirtschaftliche Organisationsform für die Arbeiterschaft“¹⁰: Während Schumacher für die Bildung dezentraler Fachvereine eintrat, votierten seine Kontrahenten für große Zentralverbände.

Als Auswirkung des Streites innerhalb der SPD kam es bei der Reichstagswahl 1893 zu einer Doppelkandidatur bei den Sozialdemokraten: Die oppositionelle Parteigruppe stellte mit dem Merscheider Messerschleifer Schaaf einen eigenen Kandidaten auf, der aber nur 4,1 % der gültigen Stimmen erhielt. So wurde Schumacher zum vierten Mal für die Sozialdemokraten zum Reichstagsabgeordneten gewählt; allerdings musste er diesmal wieder in die Stichwahl: Im ersten Wahlgang kam er auf 43,9 % der gültigen Stimmen; die Nationalliberalen verbuchten mit ihrem Kandidaten Römer 26,5 % und der Zentrumskandidat Fuchs erzielte 21,8 %. In der Stichwahl konnte sich Schumacher mit 59,1 % gegen Römer (40,9 %) durchsetzen.

Die Reichstagswahl 1898 konnten die Sozialdemokraten im Wahlkreis Solingen erstmals seit 1878 nicht wieder gewinnen. Sie waren an ihrem innerparteilichen Streit¹¹ gescheitert: Zwar schien, als Schumacher auf dem Hamburger Parteitag

¹ Siehe oben.

² Vgl. Bramann 1973, S. 73f.

³ Vgl. Bramann 1973, S. 74.

⁴ Braun 1994 (II), S. 47.

⁵ Schaberg 1958 (II), S. 35.

⁶ Schaberg 1958 (II), S. 35.

⁷ Vgl. hierzu z. B. Schaberg 1958 (II), Schaberg 1958 (III) und Schaberg 1958 (IV).

⁸ Schaberg 1958 (III), S. 39.

⁹ Scheidemann, P.: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928, S. 144 (zitiert nach Schaberg 1958 (II), S. 35).

¹⁰ Schaberg 1958 (II), S. 35; vgl. hierzu auch Schaberg 1958 (III).

¹¹ Vgl. hierzu auch Braun 1994 (III), S. 51 u. 53.

1897 auf eine erneute eigene Bewerbung verzichtet hatte und die Partei sich daraufhin auf den damals 32-jährigen Philipp Scheidemann einigte, eine sozialdemokratische Doppelkandidatur zunächst abgewehrt; da die Zugeständnisse an Schumacher als Gegenleistung für seinen Verzicht später aber nicht eingehalten wurden¹, entschloss er sich schließlich, doch noch einmal zu kandidieren, zumal er weiterhin „eine große Zahl von Anhängern um sich scharte.“² Erwartungsgemäß reichte es im ersten Wahlgang weder für Schumacher noch für Scheidemann zur absoluten Mehrheit. So kam es zu einer Stichwahl, in der Scheidemann (27,4 % im ersten Wahlgang) gegen den nationalliberalen Kandidaten Sabin (25,2 % im ersten Wahlgang) zur Wahl stand. Sabin gewann die Stichwahl mit 57,5 %. So begann die politische Karriere Scheidemanns mit einem Misserfolg im Wahlkreis Solingen; der innerparteiliche Streit in der SPD aber war beendet und mit Scheidemann wurden die Sozialdemokraten - wie allgemein - auch im rheinisch-bergischen Raum in den folgenden Jahren zur stärksten politischen Kraft.

Bei den Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912 konnten die Sozialdemokraten im Wahlkreis Solingen souveräne Siege verbuchen: Bei allen drei Wahlen konnte ihr Kandidat - jeweils Scheidemann - schon im ersten Wahlgang das Reichstagsmandat für sich gewinnen. Bei der Wahl 1907 gelang ihm dies mit 50,9 % allerdings nur sehr knapp; 1903 kam er auf 57,1 % und 1912 auf 55,5 %. Der Stimmenanteil des Zentrums war - bei stets wechselnden Kandidaten (Hagemeyer, Röhling und Kraus) - kontinuierlich von 21,4 % (1903) über 20,8 % (1907) auf 18,6 % (1912) zurückgegangen. Die Liberalen kamen zwar 1903 nur auf 19,1 %, 1907 und 1912 aber immerhin auf 28,2 % bzw. 23,1 % und damit auf höhere Anteile als das Zentrum.

Bei den acht Stichwahlen, die im Wahlkreis Solingen erforderlich waren, stand nur dreimal - 1874, 1881 und 1884 - auch ein Zentrumskandidat zur Wahl. Sicher aber hatten die potenziellen Zentrumswähler auch bei den fünf Stichwahlen ohne „eigenen“ Kandidaten - also 1877, 1878, 1887 1893 und 1898 - häufig einen wesentlichen, wenn nicht gar entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang.³

Da der Zuschnitt des Wahlkreises für alle im Kaiserreich durchgeführten Reichstagswahlen unverändert blieb⁴, waren die charakteristischen Besonderheiten des Wahlverhaltens innerhalb des Wahlkreises⁵ über mehr als 40 Jahre für den Wahlausgang entscheidend. So wie die Wahlen stets im „oberen“ Wahlkreis entschieden wurden, hatten auch die überwiegend von Solingen ausgehenden parteipolitischen Aktivitäten und Entscheidungen - z. B. im Hinblick auf die Aufstellung der Kandidaten - für den Raum „Leverkusen“ eine prägende Relevanz.

4.1.3. Die Ergebnisse der Wahlen im Stadtgebiet Leverkusen

„Tendenziell ist in allen Gemeinden des Leverkusener Stadtgebietes - bis auf das protestantische Neukirchen - die Herausbildung einer festen Wählermajorität für das Zentrum festzustellen.“⁶ Die Zentrumswähler standen „einer kleinen Schicht von na-

¹ Vgl. hierzu Schaberg 1958 (IV), S. 44.

² Schaberg 1958 (IV), S. 44.

³ Vgl. z. B. Schaberg 1958 (I), S. 30 und Bramann 1973, S. 43.

⁴ Vgl. oben, S. 7 und S. 10.

⁵ Vgl. oben, S. 12f.

⁶ John 2005, S. 298.

tionalliberalen und konservativen Wählern gegenüber“¹ und auch die Sozialdemokraten waren zunächst eher unbedeutend. Die seit den 1880er-Jahren zunehmende Formierung der Industriearbeiterschaft, „die ihre Interessen am ehesten von den Sozialdemokraten vertreten sah“², führte seitdem zu deren allmählicher Stärkung auch im Raum Leverkusen.³

Bei der Wahl zum ersten Deutschen Reichstag 1871 kam das Zentrum im Stadtgebiet auf insgesamt 69,3 %, darunter in den beiden Bürgermeistereien Opladen-Land (Wiesdorf und Bürrig) und Schlebusch (Schlebusch, Steinbüchel und Lützenkirchen) mit 88,2 % bzw. 82,7 % sogar auf jeweils mehr als 80,0 %. In Hitdorf gab es seinerzeit „noch eine starke liberale Wählerschaft“⁴; deshalb kam das liberale Wahlbündnis⁵ hier auf 42,3 %, das Zentrum hingegen „nur“ auf 57,7 %. In Neukirchen erreichten die Liberalen auf Anhieb mit 91,4 % ein überragendes Ergebnis. Für das Zentrum wurde hier nur eine Stimme (0,7 %) abgegeben, während die Sozialdemokraten immerhin auf 7,9 % kamen; im Raum Leverkusen insgesamt erzielten sie 3,4 %.

Im Ergebnis der Wahl 1874, die „im unteren Kreis ganz unter dem Eindruck des Kulturkampfes“⁶ stand, fällt auf, dass nun auch Hitdorf zu einer „Hochburg der Zentrumspartei“⁷ (87,6 %) geworden war. Das Zentrum kam insgesamt auf 73,5 %; einen derart hohen Stimmenanteil konnte die Partei danach nie mehr verbuchen. Sichtbar wurde bei dieser Wahl auch schon der relativ starke Rückhalt, auf den die Sozialdemokraten in Schlebusch bauen konnten: Obwohl sie in Steinbüchel keine Stimmen erhielten, errangen sie mit 90 Stimmen in Schlebusch und mit 30 Stimmen in Lützenkirchen immerhin in der Bürgermeisterei insgesamt mit 12,8 % ein zweistelliges Wahlergebnis. Bei der Stichwahl entschieden sich drei Viertel (75,5 %) der „Leverkusener“ für den Zentrumskandidaten Schorlemer-Alst; in Neukirchen kam der im Wahlkreis gewählte liberale Kandidat Kloepfel allerdings auf 98,1 % der Stimmen.

Das Ergebnis der Reichstagswahl 1877 fiel in „Leverkusen“ nur geringfügig anders aus als drei Jahre zuvor: Die liberalen Parteien gewannen 0,5 %-Punkte und die Sozialdemokraten 1,3 %-Punkte hinzu, während das Zentrum 1,7 %-Punkte einbüßte. Die Sozialdemokraten erreichten in Schlebusch (28,7 %) und in Neukirchen (13,7 %) deutlich überdurchschnittliche Stimmenanteile. Die Stichwahl gewann der im Wahlkreis gewählte Sozialdemokrat Rittinghausen in „Leverkusen“ mit 71,0 %.

„Gewinner“ der nächsten, schon ein Jahr später (1878) stattfindenden Reichstagswahl waren die Liberalen: Sie konnten ihren Stimmenanteil von 21,5 % auf 26,7 % ausbauen; das Zentrum verlor 3,6 und die Sozialdemokraten 1,5 %-Punkte. Bei der Stichwahl sprach sich auch in „Leverkusen“ mit 75,2 % die Mehrheit der Wähler für den Sieger, Landrat Melbeck, aus; zwar hatte es keine offizielle Empfehlung des Zentrums gegeben, der Kandidat der Liberalen war aber wohl - anders als noch ein Jahr zuvor (Jung) - durchaus auch für Zentrumswähler akzeptabel.⁸ So „sollen es die Katholiken des Kreises gewesen sein, die dem Landrat zur Wahl verhalfen.“⁹

¹ John 2005, S. 298.

² John 2005, S. 298.

³ Vgl. hierzu auch John 2005, S. 301.

⁴ John 2005, S. 297.

⁵ Deutsche Fortschrittspartei und Nationalliberale Partei.

⁶ John 2005, S. 297.

⁷ John 2005, S. 297.

⁸ Vgl. z. B. Bramann 1973, S. 44 und John 2005, S. 297.

⁹ John 2005, S. 297.

Bei der Reichstagswahl 1881 kam das Zentrum noch einmal - wenn auch knapp (70,3 %) - über die 70 %-Marke; die Liberalen und die Sozialdemokraten mussten leichte Stimmenanteilsverluste hinnehmen. Da diesmal aber nicht einer der Liberalen, sondern der Zentrums kandidat (von Schorlemer-Alst) die Stichwahl erreichte, verwundert es nicht, dass dieser in „Leverkusen“ dabei auf 85,6 % kam. Gleichwohl reichte das für ihn nicht: Im Wahlkreis wurde - wie schon 1877 - der Sozialdemokrat Rittinghausen gewählt.

Beginnend mit der Reichstagswahl 1884 ist tendenziell ein Rückgang des Stimmenanteils des Zentrums bei einem gleichzeitig zunehmenden Anteil der Sozialdemokraten zu erkennen¹; eine Ausnahme bildet diesbezüglich allerdings das Wahlergebnis von 1890. Die Sozialdemokraten konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich der Wahlen von 1881 und 1884 von 4,1 % auf 9,6 % erhöhen, also mehr als verdoppeln. Das Zentrum und vor allem die Liberalen verbuchten Verluste. Bei der Stichwahl, die im Wahlkreis der sozialdemokratische Kandidat Schumacher gewann, stimmten in „Leverkusen“ 83,4 % für den Zentrums kandidaten Fuchs.

Bei der Reichstagswahl 1887 konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil weiter deutlich ausbauen: Mit 18,5 % erreichten sie erneut fast eine Verdoppelung ihres Anteils. Das Zentrum musste einen Verlust in Höhe von 10,7 %-Punkten hinnehmen, während die Liberalen leicht zulegten. Die Stichwahl gewann - wie im Wahlkreis - diesmal auch in „Leverkusen“ der Sozialdemokrat Schumacher gegen den Liberalen Melbeck, allerdings mit 56,0 % zu 44,0 % deutlich knapper als im Wahlkreis insgesamt (60,4 % zu 39,6 %).

Das Auffallende am Ergebnis der Reichstagswahl 1890 ist der im Vergleich zu den vorausgegangenen Wahlen eklatante Einbruch des Stimmenanteils der Liberalen; dies war wohl auch in den „Leverkusener“ Gemeinden eine Folge des Aufrufs zur Stimmenthaltung². Die Liberalen kamen insgesamt nur auf 6,1 %; in Neukirchen erhielten sie immerhin noch 36,4 %, aber auch dort mussten sie damit ihr schlechtestes Reichstagswahlergebnis während der Kaiserzeit hinnehmen. Die Sozialdemokraten, deren Kandidat Schumacher im Wahlkreis insgesamt schon im Hauptwahlgang gewählt wurde, konnten ihren Stimmenanteil zwar auch in „Leverkusen“ ausbauen, sie erhielten hier aber „nur“ 27,7 %; das Zentrum konnte seinen Stimmenanteil mit einem Gewinn von 7,9 %-Punkten wieder auf über 60 % steigern.

Bei der Reichstagswahl 1893 konnten die Liberalen auch in Leverkusen wieder auf das Vertrauen ihres Wählerpotenzials bauen: Mit 25,6 % erhielten sie einen Stimmenanteil, der dem bis 1887 erzielten Niveau entsprach. In Neukirchen kamen sie immerhin wieder auf knapp 70 %, in Opladen erzielten sie mit 34,0 % sogar ihr bestes Reichstagswahlergebnis zwischen 1871 und 1912 und selbst in Hitdorf kamen sie mit 16,6 % auf einen beachtlichen Stimmenanteil. Das Zentrum hatte im Vergleich zur vorausgegangenen Reichstagswahl 9,4 %-Punkte eingebüßt, die Sozialdemokraten mussten sogar ein Minus in Höhe von 10,6 %-Punkten hinnehmen. In „Leverkusen“ erhielt der nationalliberale Römer mit 54,1 % in der Stichwahl die meisten Stimmen, während das Ergebnis im Wahlkreis insgesamt erneut zugunsten Schumachers ausfiel.

¹ Bezüglich der Wahlen von 1884 bis 1893 ist dabei allerdings das Fehlen der Ergebnisse für Rheindorf zu beachten (siehe oben, S. 5).

² Siehe oben, S. 15.

Im Vergleich der Reichstagswahlen von 1893 und 1898 mussten die Liberalen wieder einen Verlust hinnehmen: Ihr Stimmenanteil sank in „Leverkusen“ insgesamt von 25,6 % auf 18,8 %. Davon profitierte vor allem das Zentrum (+ 5,4 %-Punkte), aber auch die Sozialdemokraten (+ 1,7 %-Punkte). Die Liberalen büßten vor allem in Wiesdorf¹ (von 28,4 % auf 17,2 %), in Opladen (von 34,0 % auf 24,1 %) und in Hitdorf (von 16,6 % auf 5,6 %) Stimmenanteile ein, während ihnen allerdings in ihrer „Hochburg“ - in Neukirchen - sogar ein Ausbau ihres Stimmenanteils (69,4 % auf 74,1 %) gelang. In der Stichwahl konnte Sabin für die Nationalliberale Partei wie im Wahlkreis insgesamt auch in „Leverkusen“ gegen den SPD-Kandidaten Scheidemann die Stimmenmehrheit verbuchen.

Im Wahlergebnis von 1903 ist auch in „Leverkusen“ eindeutig der „Durchbruch“² der SPD zu erkennen: Die Sozialdemokraten konnten ihren Stimmenanteil von 18,8 % (1898) auf 34,9 % ausbauen, während die Liberalen (von 18,8 % auf 14,0 %) und vor allem das Zentrum (von 62,2 % auf 50,6 %) Verluste hinnehmen mussten. Diese Entwicklung ist wohl in erster Linie auf das zunehmende Gewicht der Industriearbeiterschaft zurückzuführen. In Wiesdorf³ - hier ging der Stimmenanteil des Zentrums von 59,9 % (1898) auf 41,1 % zurück - konnte die SPD ihren Anteil von 22,5 % auf 45,1 % verdoppeln, in Opladen und in Rheindorf (fast) verdreifachen (von 7,0 % auf 21,1 % bzw. von 5,2 % auf 14,7 %) und in Hitdorf sogar vervierfachen (von 4,5 % auf 18,0 %). Selbst in Schlebusch und in Neukirchen baute sie ihre Stellung relativ deutlich aus, obgleich sich „der sozialdemokratische Schwerpunkt“⁴ in den 1890er Jahren innerhalb der Stadt nach Westen verschob, „da dort die Industrie sich größer und schneller entwickelt(e). Vor allem ist dies auf die Farbenfabrik Bayer & Co ... zurückzuführen.“⁵ In Wiesdorf⁶ errang die SPD erstmals die Stimmenmehrheit.

Bei dieser und den beiden bis 1912 noch folgenden Wahlen wurde jeweils keine Stichwahl erforderlich: Scheidemann gewann im Wahlkreis alle drei Wahlen schon im Hauptwahlgang. Während er in „Leverkusen“ 1903 und 1907 die jeweilige Mehrheit noch dem Zentrum überlassen musste, erzielte er 1912 auch hier - wenn auch nur relativ - die Mehrheit.

Deutliche Gewinner der Reichstagswahl 1907 waren in „Leverkusen“ die Liberalen: Sie konnten ihren Stimmenanteil um 7,9 %-Punkte wieder auf über 20 % ausbauen. Das Zentrum verlor 6,2 %-Punkte und musste sich erstmals seit 1871 mit der „nur“ relativen Mehrheit zufrieden geben. Auch die SPD musste einen - wenn auch weniger gravierenden - Verlust hinnehmen: Ihr Anteil sank von 34,9 % auf 33,2 %. In Wiesdorf⁷, wo sie schon bei der Wahl 1903 vor dem Zentrum einen Stimmenvorsprung in Höhe 4,0 %-Punkten erzielte, konnte sie diesen trotz eines Stimmenverlustes weiter - auf 5,2 %-Punkte - ausbauen. In Bergisch Neukirchen erlitt sie zugunsten der Liberalen allerdings einen gravierenden Stimmenverlust (von 38,3 % auf 27,6 %); auch in Hitdorf brach sie ein (9,9 % gegenüber 18,0 %), während sie in Rheindorf deutlich zulegen konnte (von 14,7 % auf 21,4 %).

¹ Einschließlich Bürriq.

² John 2005, S. 301; vgl. z. B. auch Müller 1987, S. 233.

³ Einschließlich Bürriq.

⁴ Braun 1994 (II), S. 48.

⁵ Braun 1994 (II), S. 48.

⁶ Einschließlich Bürriq.

⁷ Einschließlich Bürriq.

Eindeutiger Sieger der Reichstagswahl 1912 wurde mit einem Stimmengewinn in Höhe von 8,7 %-Punkten auch in „Leverkusen“ die SPD: Mit 41,9 % errang sie bei der letzten Reichstagswahl im Kaiserreich erstmals einen größeren Stimmenanteil als das Zentrum (36,2 %) und wurde damit stadtweit stärkste Partei. Die Liberalen mussten leichte Verluste hinnehmen und kamen auf 19,4 %. In Wiesdorf¹ erzielte die SPD mit 51,6 % sogar die absolute Mehrheit. In Opladen, in Schlebusch², in Hitdorf und in Rheindorf konnte sich das Zentrum allerdings noch einmal als stärkste Partei behaupten.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871 bis 1912 in Leverkusen insgesamt

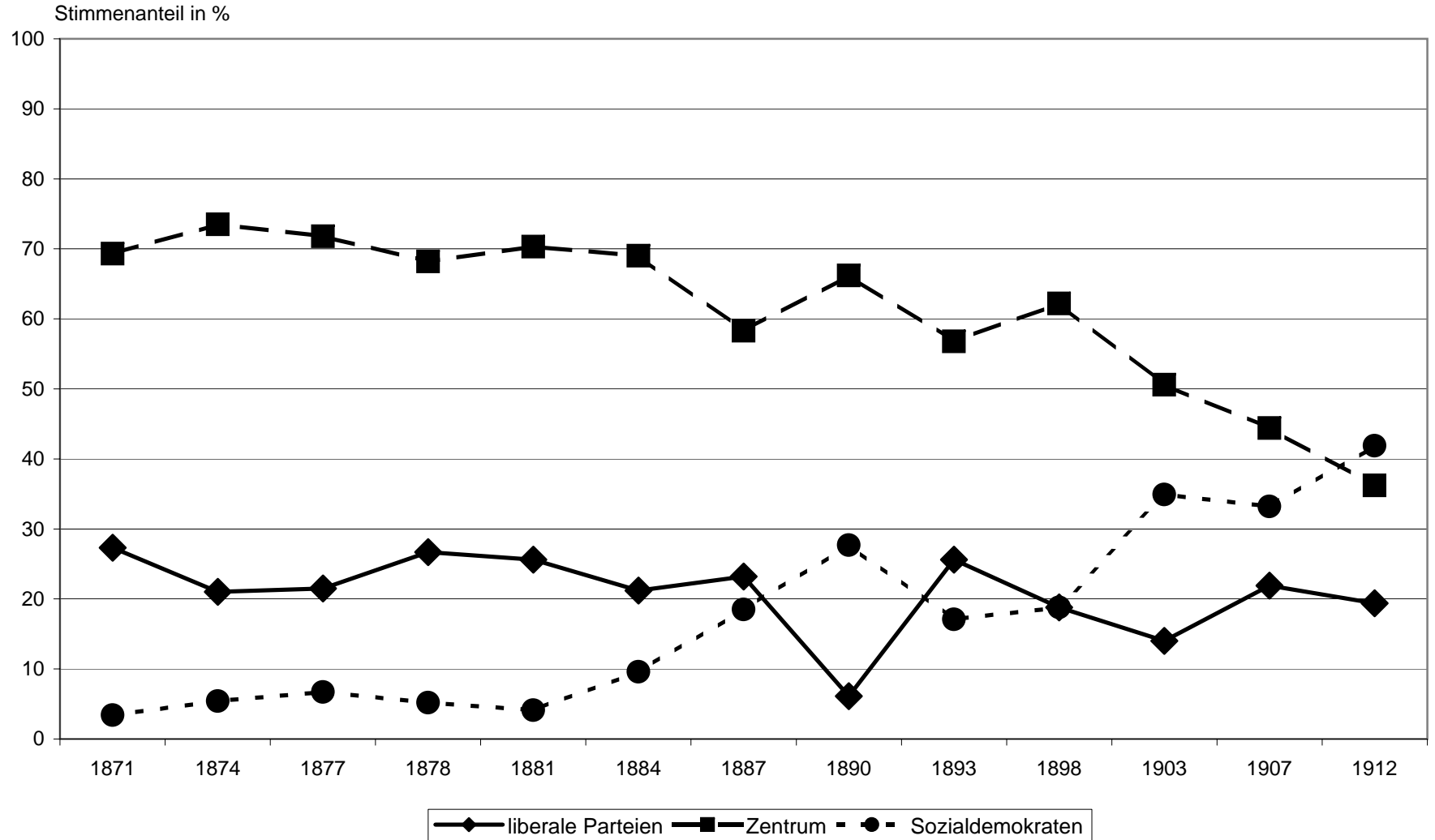
Hauptwahl	gültige Stimmen in %				
	insgesamt	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871 ¹	100,0	27,3	69,3	3,4	-
1874	100,0	21,0	73,5	5,4	-
1877	100,0	21,5	71,8	6,7	-
1878	100,0	26,7	68,2	5,2	-
1881	100,0	25,6	70,3	4,1	-
1884 ¹	100,0	21,2	69,0	9,6	0,2
1887 ¹	100,0	23,2 ²	58,3	18,5	-
1890 ¹	100,0	6,1	66,2	27,7	-
1893 ¹	100,0	25,6	56,8	17,1	0,5
1898	100,0	18,8	62,2	18,8	0,2
1903	100,0	14,0	50,6	34,9	0,6
1907	100,0	21,9	44,4	33,2	0,5
1912	100,0	19,4	36,2	41,9	2,4
¹ ohne Rheindorf					
² einschl. Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gem. Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)					

¹ Einschließlich Bürrig.

² Bürgermeisterei; einschließlich Steinbüchel und Lützenkirchen.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Leverkusen 1871 bis 1912

21



4.2. Die Einzel-Ergebnisse der Wahlen nach Wahlterminen

Reichstagswahl am 03.03.1871

Gemeinde	gültige Stimmen						
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	ADAV ³	SAP ³	Sonstige
Wiesdorf	305		30	269		6	-
Bürrig							
Opladen	329		94	235		-	-
Schlebusch	481		51	398		32	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	151		138	1		12	-
Hitdorf	215		91	124		-	-
Rheindorf	?		?	?		?	?
insgesamt ⁴	1.481		404	1.027		50	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %						
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	ADAV ³	SAP ³	Sonstige
Wiesdorf	100,0		9,8	88,2		2,0	-
Bürrig							
Opladen	100,0		28,6	71,4		-	-
Schlebusch	100,0		10,6	82,7		6,7	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	100,0		91,4	0,7		7,9	-
Hitdorf	100,0		42,3	57,7		-	-
Rheindorf	100,0		?	?		?	?
insgesamt ⁴	100,0		27,3	69,3		3,4	-

¹ liberales Wahlbündnis; gemeinsamer Kandidat der Deutschen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei: von Bunsen

² Kandidat: Sänger

³ gemeinsamer Kandidat des ADAV und der SAP: Jacoby

⁴ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: von Bunsen

Reichstagswahl am 10.01.1874 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen						
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	ADAV ³	SAP ⁴	Sonstige
Wiesdorf	209		10	198	1	-	-
Bürrig	167		16	149	2	-	-
Opladen	457		115	338	4	-	-
Schlebusch	532		40	164	90	-	-
Steinbüchel				238	-	-	-
Lützenkirchen	408		31	347	30	-	-
Neukirchen	292		277	6	4	5	-
Hitdorf	290		35	254	1	-	-
Rheindorf	184		10	173	1	-	-
insgesamt	2.539		534	1.867	133	5	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %						
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	ADAV ³	SAP ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0		4,8	94,7	0,5	-	-
Bürrig	100,0		9,6	89,2	1,2	-	-
Opladen	100,0		25,2	74,0	0,9	-	-
Schlebusch	100,0		7,5	75,6	16,9	-	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen	100,0		7,6	85,0	7,4	-	-
Neukirchen	100,0		94,9	2,1	1,4	1,7	-
Hitdorf	100,0		12,1	87,6	0,3	-	-
Rheindorf	100,0		5,4	94,0	0,5	-	-
insgesamt	100,0		21,0	73,5	5,2	0,2	-

¹ liberales Wahlbündnis; gemeinsamer Kandidat der Deutschen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei: Kloeppel

² Kandidat: von Schorlemer-Alst

³ Kandidat: Luchtenberg

⁴ Kandidat: Jacoby

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (22.01.1874)

Reichstagswahl am 22.01.1874 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Kloeppel ¹	von Schorlemer-Alst ²
Wiesdorf	496	35	461
Bürrig			
Opladen	486	115	371
Schlebusch	1.149	122	1.027
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	411	403	8
Hitdorf	345	33	312
Rheindorf	?	?	?
insgesamt ³	2.887	708	2.179

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Kloeppel ¹	von Schorlemer-Alst ²
Wiesdorf	100,0	7,1	92,9
Bürrig			
Opladen	100,0	23,7	76,3
Schlebusch	100,0	10,6	89,4
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	100,0	98,1	1,9
Hitdorf	100,0	9,6	90,4
Rheindorf	100,0	?	?
insgesamt ³	100,0	24,5	75,5

¹ gemeinsamer Kandidat der Deutschen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei

² Kandidat des Zentrums

³ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Kloeppel

Reichstagswahl am 10.01.1877 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SAPD ³	Sonstige
Wiesdorf	345		77	257	11	-
Bürrig	217		23	194	-	-
Opladen	529		141	383	5	-
Schlebusch	373		35	231	107	-
Steinbüchel	267		1	259	7	-
Lützenkirchen	530		73	424	33	-
Neukirchen	335		284	5	46	-
Hitdorf	313		23	289	1	-
Rheindorf	215		14	201	-	-
insgesamt	3.124		671	2.243	210	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SAPD ³	Sonstige
Wiesdorf	100,0		22,3	74,5	3,2	-
Bürrig	100,0		10,6	89,4	-	-
Opladen	100,0		26,7	72,4	0,9	-
Schlebusch	100,0		9,4	61,9	28,7	-
Steinbüchel	100,0		0,4	97,0	2,6	-
Lützenkirchen	100,0		13,8	80,0	6,2	-
Neukirchen	100,0		84,8	1,5	13,7	-
Hitdorf	100,0		7,3	92,3	0,3	-
Rheindorf	100,0		6,5	93,5	-	-
insgesamt	100,0		21,5	71,8	6,7	-

¹ liberales Wahlbündnis; gemeinsamer Kandidat der Deutschen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei: Jung

² Kandidat: von Schorlemer-Alst

³ Kandidat: Rittinghausen

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (19.01.1877)

Reichstagswahl am 19.01.1877 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Jung ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	300	83	217
Bürrig	212	34	178
Opladen	479	139	340
Schlebusch	400	58	342
Steinbüchel	270	7	263
Lützenkirchen	532	147	385
Neukirchen	431	380	51
Hitdorf	293	38	255
Rheindorf	191	16	175
insgesamt	3.108	902	2.206

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Jung ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	100,0	27,7	72,3
Bürrig	100,0	16,0	84,0
Opladen	100,0	29,0	71,0
Schlebusch	100,0	14,5	85,5
Steinbüchel	100,0	2,6	97,4
Lützenkirchen	100,0	27,6	72,4
Neukirchen	100,0	88,2	11,8
Hitdorf	100,0	13,0	87,0
Rheindorf	100,0	8,4	91,6
insgesamt	100,0	29,0	71,1

¹ gemeinsamer Kandidat der Deutschen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei

² Kandidat der SAPD

gewählt im Wahlkreis: Rittinghausen

Reichstagswahl am 30.07.1878 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	329	-	84	241	4	-
Bürrig	212	-	34	178	-	-
Opladen	495	7	141	345	2	-
Schlebusch	344	-	64	187	93	-
Steinbüchel	245	-	8	232	5	-
Lützenkirchen	499	-	69	394	36	-
Neukirchen	365	55	284	8	18	-
Hitdorf	345	-	39	306	-	-
Rheindorf	212	-	27	185	-	-
insgesamt	3.046	62	750	2.076	158	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	-	25,5	73,3	1,2	-
Bürrig	100,0	-	16,0	84,0	-	-
Opladen	100,0	1,4	28,5	69,7	0,4	-
Schlebusch	100,0	-	18,6	54,4	27,0	-
Steinbüchel	100,0	-	3,3	94,7	2,0	-
Lützenkirchen	100,0	-	13,8	79,0	7,2	-
Neukirchen	100,0	15,1	77,8	2,2	4,9	-
Hitdorf	100,0	-	11,3	88,7	-	-
Rheindorf	100,0	-	12,7	87,3	-	-
insgesamt	100,0	2,0	24,6	68,2	5,2	-

¹ Kandidat: Runge

² Kandidat: Melbeck

³ Kandidat: von Schorlemer-Alst

⁴ Kandidat: Rittinghausen

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (08.08.1878)

Reichstagswahl am 08.08.1878 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Melbeck ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	268	175	93
Bürrig	160	131	29
Opladen	439	413	26
Schlebusch	294	142	152
Steinbüchel	181	102	79
Lützenkirchen	343	228	115
Neukirchen	409	378	31
Hitdorf	186	145	41
Rheindorf	?	?	?
insgesamt ³	2.280	1.714	566

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Melbeck ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	100,0	65,3	34,7
Bürrig	100,0	81,9	18,1
Opladen	100,0	94,1	5,9
Schlebusch	100,0	48,3	51,7
Steinbüchel	100,0	56,3	43,6
Lützenkirchen	100,0	66,5	33,5
Neukirchen	100,0	92,4	7,6
Hitdorf	100,0	78,0	22,0
Rheindorf	100,0	?	?
insgesamt ³	100,0	75,2	24,8

¹ Kandidat der Nationalliberalen Partei

² Kandidat der SAPD

³ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Melbeck

Reichstagswahl am 27.10.1881 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	314	4	82	224	4	-
Bürrig	169	1	14	154	-	-
Opladen	461	40	100	321	-	-
Schlebusch	321	10	50	179	82	-
Steinbüchel	225	2	5	218	-	-
Lützenkirchen	401	1	49	339	12	-
Neukirchen	309	217	85	1	6	-
Hitdorf	313	11	12	283	7	-
Rheindorf	196	1	10	185	-	-
insgesamt	2.709	287	407	1.904	111	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Dt. Fort. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	1,3	26,1	71,3	1,3	-
Bürrig	100,0	0,6	8,3	91,1	-	-
Opladen	100,0	8,7	21,7	69,6	-	-
Schlebusch	100,0	3,1	15,6	55,8	25,5	-
Steinbüchel	100,0	0,9	2,2	96,9	-	-
Lützenkirchen	100,0	0,2	12,2	84,5	3,0	-
Neukirchen	100,0	70,2	27,5	0,3	1,9	-
Hitdorf	100,0	3,5	3,8	90,4	2,2	-
Rheindorf	100,0	0,5	5,1	94,4	-	-
insgesamt	100,0	10,6	15,0	70,3	4,1	-

¹ Kandidat: Hamspohn

² Kandidat: Melbeck

³ Kandidat: von Schorlemer-Alst

⁴ Kandidat: Rittinghausen

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (08.11.1881)

Reichstagswahl am 08.11.1881 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	von Schorlemer-Alst ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	347	341	6
Bürrig	201	198	3
Opladen	429	394	35
Schlebusch	624	468	156
Steinbüchel			
Lützenkirchen	489	450	39
Neukirchen	184	23	161
Hitdorf	342	338	4
Rheindorf	223	217	6
insgesamt	2.839	2.429	410

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	von Schorlemer-Alst ¹	Rittinghausen ²
Wiesdorf	100,0	98,3	1,7
Bürrig	100,0	98,5	1,5
Opladen	100,0	91,8	8,2
Schlebusch	100,0	75,0	25,0
Steinbüchel			
Lützenkirchen	100,0	92,0	8,0
Neukirchen	100,0	12,5	87,5
Hitdorf	100,0	98,8	1,2
Rheindorf	100,0	97,3	2,7
insgesamt	100,0	85,6	14,4

¹ Kandidat des Zentrums

² Kandidat der SAPD

gewählt im Wahlkreis: Rittinghausen

Reichstagswahl am 28.10.1884 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	SAPD ⁵	Sonstige
Wiesdorf	449	9	67	350	-	23	-
Bürrig							
Opladen	463	9	110	337	-	7	-
Schlebusch	1.147	23	31	877	-	216	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	354	227	98	9	1	14	5
Hitdorf	313	-	5	308	-	-	-
Rheindorf	?	?	?	?	?	?	?
insgesamt ⁶	2.726	268	311	1.881	1	260	5

Gemeinde	gültige Stimmen in %						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	SAPD ⁵	Sonstige
Wiesdorf	100,0	2,0	14,9	78,0	-	5,1	-
Bürrig							
Opladen	100,0	1,9	23,8	72,8	-	1,5	-
Schlebusch	100,0	2,0	2,7	76,5	-	18,8	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	100,0	64,1	27,7	2,5	0,3	4,0	1,4
Hitdorf	100,0	-	1,6	98,4	-	-	-
Rheindorf	100,0	?	?	?	?	?	?
insgesamt ⁶	100,0	9,8	11,4	69,0	0,0	9,5	0,2

¹ Kandidat: Philips

² Kandidat: Grüneberg

³ Kandidat: Fuchs

⁴ Kandidat: Rittinghausen

⁵ Kandidat: Schumacher

⁶ ohne Rheindorf

keine absolute Mehrheit in Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (07.11.1884)

Reichstagswahl am 07.11.1884 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Fuchs ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	827	758	69
Bürrig			
Opladen			
Schlebusch	1.190	943	247
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	127	34	93
Hitdorf	341	337	4
Rheindorf	?	?	?
insgesamt ³	2.485	2.072	413

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Fuchs ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	100,0	91,7	8,3
Bürrig			
Opladen			
Schlebusch	100,0	79,2	20,8
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	100,0	26,8	73,2
Hitdorf	100,0	98,8	1,2
Rheindorf	100,0	?	?
insgesamt ³	100,0	83,4	16,6

¹ Kandidat des Zentrums

² Kandidat der SAPD

³ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Schumacher

Reichstagswahl am 21.02.1887 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Kons. ²	Zentrum ³	SAP ⁴	Sonstige
Wiesdorf	1.186	3		327	727	129	-
Bürrig							
Opladen							
Schlebusch	1.263	3		114	824	322	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	425	104		168	13	140	-
Hitdorf	319	-		23	296	-	-
Rheindorf	?	?		?	?	?	?
insgesamt ⁵	3.193	110		632	1.860	591	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Kons. ²	Zentrum ³	SAP ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	0,3		27,6	61,3	10,9	-
Bürrig							
Opladen							
Schlebusch	100,0	0,2		9,0	65,2	25,5	-
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	100,0	24,5		39,5	3,1	32,9	-
Hitdorf	100,0	-		7,2	92,8	-	-
Rheindorf	100,0	?		?	?	?	?
insgesamt ⁵	100,0	3,4		19,8	58,3	18,5	-

¹ Kandidat: Barth

² gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen, der Freikonservativen und der Deutsch-Konservativen Partei: Melbeck

³ Kandidat: Fuchs

⁴ Kandidat: Schumacher

⁵ ohne Rheindorf

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (02.03.1887)

Reichstagswahl am 02.03.1887 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Melbeck ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	810	490	320
Bürrig			
Opladen			
Schlebusch	785	184	601
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	386	181	205
Hitdorf	103	63	40
Rheindorf	?	?	?
insgesamt ³	2.084	918	1.166

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Melbeck ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	100,0	60,5	39,5
Bürrig			
Opladen			
Schlebusch	100,0	23,4	76,6
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	100,0	46,9	53,1
Hitdorf	100,0	61,2	38,8
Rheindorf	100,0	?	?
insgesamt ³	100,0	44,0	56,0

¹ gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen, der Freikonservativen und der Deutsch-Konservativen Partei

² Kandidat der SAPD

³ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Schumacher

Reichstagswahl am 20.02.1890

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	398	4	12	292	90	-
Bürrig						
Opladen	361	-	-	326	35	-
Schlebusch	1.027	11	11	669	336	-
Steinbüchel						
Lützenkirchen						
Neukirchen	239	61	26	3	149	-
Hitdorf	226	1	12	200	13	-
Rheindorf	?	?	?	?	?	?
insgesamt ⁵	2.251	77	61	1.490	623	-

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Zentrum ³	SAPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	1,0	3,0	73,4	22,6	-
Bürrig						
Opladen	100,0	-	-	90,3	9,7	-
Schlebusch	100,0	1,1	1,1	65,1	32,7	-
Steinbüchel						
Lützenkirchen						
Neukirchen	100,0	25,5	10,9	1,3	62,3	-
Hitdorf	100,0	0,4	5,3	88,5	5,8	-
Rheindorf	100,0	?	?	?	?	?
insgesamt ⁵	100,0	3,4	2,7	66,2	27,7	-

¹ Kandidat: von Forckenbeck

² Kandidat: von Eynern

³ Kandidat: Reichensperger

⁴ Kandidat: Schumacher

⁵ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Schumacher

Reichstagswahl am 15.06.1893 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Dt.-Soz. ³	Zentrum ⁴	SPD ⁵	Sonstige
Wiesdorf	661	-	188	-	407	66	-
Bürrig							
Opladen	633	14	201	-	395	22	1
Schlebusch	1.202	7	115	1	734	344	1
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	317	105	115	3	7	87	-
Hitdorf	271	-	45	9	210	7	-
Rheindorf	?	?	?	?	?	?	?
insgesamt ⁶	3.084	126	664	13	1.753	526	2

Gemeinde	gültige Stimmen in %						
	insges.	Dt. Frei. ¹	Nat.-lib. ²	Dt.-Soz. ³	Zentrum ⁴	SPD ⁵	Sonstige
Wiesdorf	100,0	-	28,4	-	61,6	10,0	-
Bürrig							
Opladen	100,0	2,2	31,8	-	62,4	3,5	0,2
Schlebusch	100,0	0,6	9,6	0,1	61,1	28,6	0,1
Steinbüchel							
Lützenkirchen							
Neukirchen	100,0	33,1	36,3	0,9	2,2	27,4	-
Hitdorf	100,0	-	16,6	3,3	77,5	2,6	-
Rheindorf	100,0	?	?	?	?	?	?
insgesamt ⁶	100,0	4,1	21,5	0,4	56,8	17,1	0,1

¹ Kandidat: Träger

² Kandidat: Römer

³ Kandidat: Schaaf

⁴ Kandidat: Fuchs

⁵ Kandidat: Schumacher

⁶ ohne Rheindorf

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (23.06.1893)

Reichstagswahl am 23.06.1893 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Römer ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	514	368	146
Bürrig			
Opladen	428	346	82
Schlebusch	726	195	531
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	363	183	180
Hitdorf	135	79	56
Rheindorf	?	?	?
insgesamt ³	2.166	1.171	995

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Römer ¹	Schumacher ²
Wiesdorf	100,0	71,6	28,4
Bürrig			
Opladen	100,0	80,8	19,2
Schlebusch	100,0	26,9	73,1
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	100,0	50,4	49,6
Hitdorf	100,0	58,5	41,5
Rheindorf	100,0	?	?
insgesamt ³	100,0	54,1	45,9

¹ Kandidat der Nationalliberalen Partei

² Kandidat der SPD

³ ohne Rheindorf

gewählt im Wahlkreis: Schumacher

Reichstagswahl am 16.06.1898 (Hauptwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SPD ³	SPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	858	123	310	12	181	3
Bürrig		25	204			
Opladen	619	149	427	5	38	-
Schlebusch	1.173	52	264	211	104	1
Steinbüchel		-	183			
Lützenkirchen		32	326			
Neukirchen	348	258	10	39	40	1
Hitdorf	287	16	257	-	13	1
Rheindorf	194	-	184	-	10	-
insgesamt	3.479	655	2.165	267	386	6

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SPD ³	SPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	17,2	59,9	1,4	21,1	0,3
Bürrig						
Opladen	100,0	24,1	69,0	0,8	6,1	-
Schlebusch	100,0	7,2	65,9	18,0	8,9	0,1
Steinbüchel						
Lützenkirchen						
Neukirchen	100,0	74,1	2,9	11,2	11,5	0,3
Hitdorf	100,0	5,6	89,5	-	4,5	0,3
Rheindorf	100,0	-	94,8	-	5,2	-
insgesamt	100,0	18,8	62,2	7,7	11,1	0,2

¹ Kandidat: Sabin

² Kandidat: Muhr

³ Kandidat: Schumacher

⁴ Kandidat: Scheidemann

keine absolute Mehrheit im Wahlkreis; Stichwahl erforderlich (24.06.1898)

Reichstagswahl am 24.06.1898 (Stichwahl)

Gemeinde	gültige Stimmen		
	insgesamt	Sabin ¹	Scheidemann ²
Wiesdorf	778	500	278
Bürrig			
Opladen	576	505	71
Schlebusch	945	539	406
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	423	320	103
Hitdorf	218	168	50
Rheindorf	126	103	23
insgesamt	3.066	2.135	931

Gemeinde	gültige Stimmen in %		
	insgesamt	Sabin ¹	Scheidemann ²
Wiesdorf	100,0	64,3	35,7
Bürrig			
Opladen	100,0	87,7	12,3
Schlebusch	100,0	57,0	43,0
Steinbüchel			
Lützenkirchen			
Neukirchen	100,0	75,7	24,3
Hitdorf	100,0	77,1	22,9
Rheindorf	100,0	81,7	18,3
insgesamt	100,0	69,6	30,4

¹ Kandidat der Nationalliberalen Partei

² Kandidat der SPD

gewählt im Wahlkreis: Sabin

Reichstagswahl am 16.06.1903

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	Nat.-lib. ¹	Chr.-Soz. ²	Zentrum ³	SPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	1.094	122	1	394	572	5
Bürrig	659	108	2	327	218	4
Opladen	833	139	3	513	176	2
Schlebusch	673	67	-	298	308	-
Steinbüchel	233	4	-	191	38	-
Lützenkirchen	544	22	1	334	186	1
Neukirchen	407	233	8	9	156	1
Hitdorf	311	1	-	253	56	1
Rheindorf	258	5	-	215	38	-
insgesamt	5.012	701	15	2.534	1.748	14

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	Nat.-lib. ¹	Chr.-Soz. ²	Zentrum ³	SPD ⁴	Sonstige
Wiesdorf	100,0	11,2	0,1	36,0	52,3	0,5
Bürrig	100,0	16,4	0,3	49,6	33,1	0,6
Opladen	100,0	16,7	0,4	61,6	21,1	0,2
Schlebusch	100,0	10,0	-	44,3	45,8	-
Steinbüchel	100,0	1,7	-	82,0	16,3	-
Lützenkirchen	100,0	4,0	0,2	61,4	34,2	0,2
Neukirchen	100,0	57,2	2,0	2,2	38,3	0,2
Hitdorf	100,0	0,3	-	81,4	18,0	0,3
Rheindorf	100,0	1,9	-	83,3	14,7	-
insgesamt	100,0	14,0	0,3	50,6	34,9	0,3

¹ Kandidat: Kaulen

² Kandidat: von Oertzen

³ Kandidat: Hagemeyer

⁴ Kandidat: Scheidemann

gewählt im Wahlkreis: Scheidemann

Reichstagswahl am 25.01.1907

Gemeinde	gültige Stimmen				
	insges.	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SPD ³	Sonstige
Wiesdorf	2.392	490	818	1.052	32
Bürrig	610	63	312	234	1
Opladen	1.413	445	587	380	1
Schlebusch					
Steinbüchel	1.831	220	1.054	557	-
Lützenkirchen					
Berg. Neukir.	555	385	17	153	-
Hitdorf	364	5	323	36	-
Rheindorf	290	26	202	62	-
insgesamt	7.455	1.634	3.313	2.474	34

Gemeinde	gültige Stimmen in %				
	insges.	Nat.-lib. ¹	Zentrum ²	SPD ³	Sonstige
Wiesdorf	100,0	20,5	34,2	44,0	1,3
Bürrig	100,0	10,3	51,1	38,4	0,2
Opladen	100,0	31,5	41,5	26,9	0,1
Schlebusch					
Steinbüchel	100,0	12,0	57,6	30,4	-
Lützenkirchen					
Berg. Neukir.	100,0	69,4	3,1	27,6	-
Hitdorf	100,0	1,4	88,7	9,9	-
Rheindorf	100,0	9,0	69,7	21,4	-
insgesamt	100,0	21,9	44,4	33,2	0,5

¹ Kandidat: Brunhuber

² Kandidat: Röhling

³ Kandidat: Scheidemann

gewählt im Wahlkreis: Scheidemann

Reichstagswahl am 12.01.1912

Gemeinde	gültige Stimmen					
	insges.	F. Volksp. ¹	Chr.-Soz. ²	Zentrum ³	SPD ⁴	Sonstige ⁵
Wiesdorf	3.384	736	35	775	1.796	42
Bürrig	706	69	4	319	313	1
Opladen	2.270	581	36	938	714	1
Schlebusch	2.004	228	16	953	770	37
Steinbüchel						
Lützenkirchen						
Berg. Neukir.	571	227	21	15	276	32
Hitdorf	353	10	-	265	76	2
Rheindorf	322	18	4	213	85	2
insgesamt	9.610	1.869	116	3.478	4.030	117

Gemeinde	gültige Stimmen in %					
	insges.	F. Volksp. ¹	Chr.-Soz. ²	Zentrum ³	SPD ⁴	Sonstige ⁵
Wiesdorf	100,0	21,7	1,0	22,9	53,1	1,2
Bürrig	100,0	9,8	0,6	45,2	44,3	0,1
Opladen	100,0	25,6	1,6	41,3	31,5	0,0
Schlebusch	100,0	11,4	0,8	47,6	38,4	1,8
Steinbüchel						
Lützenkirchen						
Berg. Neukir.	100,0	39,8	3,7	2,6	48,3	5,6
Hitdorf	100,0	2,8	-	75,1	21,5	0,6
Rheindorf	100,0	5,6	1,2	66,1	26,4	0,6
insgesamt	100,0	19,4	1,2	36,2	41,9	1,2

¹ Kandidat: Biesantz

² Kandidat: Weck

³ Kandidat: Kraus

⁴ Kandidat: Scheidemann

⁵ einschließlich Bund der Landwirte; Kandidat: Hummelsheim

gewählt im Wahlkreis: Scheidemann

4.3. Die Einzel-Ergebnisse der Wahlen nach Gemeinden/Bürgermeistereien

Wiesdorf und Bürrig (Bürgermeisterei Opladen-Land/Küppersteg)

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	9,8	88,2	2,0	-
1874	100,0	6,9	92,2	0,8	-
1877	100,0	17,8	80,3	2,0	-
1878	100,0	21,8	77,5	0,7	-
1881	100,0	20,9	78,3	0,8	-
1884	100,0	16,9	78,0	5,1	-
1887 ²	100,0	27,8 ³	61,3	10,9	-
1890	100,0	4,0	73,4	22,6	-
1893	100,0	28,4	61,6	10,0	-
1898	100,0	17,2	59,9	22,5	0,3
1903	100,0	13,1	41,1	45,1	0,7
1907	100,0	18,4	37,6	42,8	1,1
1912	100,0	19,7	26,8	51,6	2,0

¹ Hauptwahl

² einschließlich Opladen

³ einschließlich Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gemeinsamer Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)

Opladen

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	28,6	71,4	-	-
1874	100,0	25,2	74,0	0,9	-
1877	100,0	26,7	72,4	0,9	-
1878	100,0	29,9	69,7	0,4	-
1881	100,0	30,4	69,6	-	-
1884	100,0	25,7	72,8	1,5	-
1887 ²	100,0	27,8 ³	61,3	10,9	-
1890	100,0	-	90,3	9,7	-
1893	100,0	34,0	62,4	3,5	0,2
1898	100,0	24,1	69,0	7,0	-
1903	100,0	16,7	61,6	21,1	0,6
1907	100,0	31,5	41,5	26,9	0,1
1912	100,0	25,6	41,3	31,5	1,6

¹ Hauptwahl

² einschließlich Wiesdorf und Bürrig

³ einschließlich Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gemeinsamer Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)

Schlebusch (Bürgermeisterei; einschließlich Steinbüchel und Lützenkirchen)

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	10,6	82,7	6,7	-
1874	100,0	7,6	79,7	12,8	-
1877	100,0	9,3	78,1	12,6	-
1878	100,0	13,0	74,7	12,3	-
1881	100,0	12,4	77,7	9,9	-
1884	100,0	4,7	76,5	18,8	-
1887	100,0	9,3 ²	65,2	25,5	-
1890	100,0	2,1	65,1	32,7	-
1893	100,0	10,2	61,1	28,6	0,2
1898	100,0	7,2	65,9	26,9	0,1
1903	100,0	6,4	56,8	36,7	0,1
1907	100,0	12,0	57,6	30,4	-
1912	100,0	11,4	47,6	38,4	2,6

¹ Hauptwahl

² einschließlich Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gemeinsamer Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)

(Bergisch) Neukirchen

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	91,4	0,7	7,9	-
1874	100,0	94,9	2,1	3,1	-
1877	100,0	84,8	1,5	13,7	-
1878	100,0	92,9	2,2	4,9	-
1881	100,0	97,7	0,3	1,9	-
1884	100,0	91,8	2,5	4,2	1,4
1887	100,0	64,0 ²	3,1	32,9	-
1890	100,0	36,4	1,3	62,3	-
1893	100,0	69,4	2,2	27,4	0,9
1898	100,0	74,1	2,9	22,7	0,3
1903	100,0	57,2	2,2	38,3	2,2
1907	100,0	69,4	3,1	27,6	-
1912	100,0	39,8	2,6	48,3	9,3

¹ Hauptwahl

² einschließlich Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gemeinsamer Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)

Hitdorf

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	42,3	57,7	-	-
1874	100,0	12,1	87,6	0,3	-
1877	100,0	7,3	92,3	0,3	-
1878	100,0	11,3	88,7	-	-
1881	100,0	7,4	90,4	2,2	-
1884	100,0	1,6	98,4	-	-
1887	100,0	7,2 ²	92,8	-	-
1890	100,0	5,8	88,5	5,8	-
1893	100,0	16,6	77,5	2,6	3,3
1898	100,0	5,6	89,5	4,5	0,3
1903	100,0	0,3	81,4	18,0	0,3
1907	100,0	1,4	88,7	9,9	-
1912	100,0	2,8	75,1	21,5	0,6

¹ Hauptwahl

² einschließlich Freikonservative Partei und Deutsch-Konservative Partei (gemeinsamer Kandidat mit der Nationalliberalen Partei)

Rheindorf

Wahl ¹	gültige Stimmen in %				
	insges.	liberale P.	Zentrum	Sozialdem.	Sonstige
1871	100,0	?	?	?	?
1874	100,0	5,4	94,0	0,5	-
1877	100,0	6,5	93,5	-	-
1878	100,0	12,7	87,3	-	-
1881	100,0	5,6	94,4	-	-
1884	100,0	?	?	?	?
1887	100,0	?	?	?	?
1890	100,0	?	?	?	?
1893	100,0	?	?	?	?
1898	100,0	-	94,8	5,2	-
1903	100,0	1,9	83,3	14,7	-
1907	100,0	9,0	69,7	21,4	-
1912	100,0	5,6	66,1	26,4	1,9

¹ Hauptwahl

4.4. Die gewählten Reichstagsabgeordneten im Wahlkreis Solingen

Bunsen, Georg von¹

Dr. phil.,

geb. am 7.11.1824 in Rom als Sohn des preußischen Diplomaten Carl Josias von Bunsen,

gest. am 22.12.1896 in London,

evangelisch.

1843 - 1847 Studium in Berlin und Bonn (Geschichte und Geographie), dann in London, 1852 Promotion. Zahlreiche Bildungs- und Auslandsreisen. 1854 - 1866 Gutsbesitzer in Rheindorf bei Bonn, ab 1866 Privatier in Berlin.

1867 Mitbegründer der Nationalliberalen Partei, mit Unterbrechungen Vorstandsmitglied und stellv. Vorsitzender. 1880 Mitbegründer der „Sezession“ (später „Liberale Vereinigung“), die für Freihandel und Parlamentarisierung der Verfassung und gegen das Sozialistengesetz und die Beendigung des Kulturkampfes eintrat.

Mitglied des Reichstages des Norddeutschen Bundes 1867 - 1870, des Deutschen Reichstages 1871 - 1874 (Wahlkreis Solingen) und 1876 - 1885 (Wahlkreis Schönau-Hirschberg).

Kloeppeel, Peter²

Dr. jur.,

geb. am 1.7.1840 in Köln als Sohn des Gerichtssekretärs Gerhard Kloeppeel,

gest. am 5.3.1902 auf dem Weißen Hirsch bei Dresden,

katholisch.

1857 - 1866 Studium in Bonn, 1865 - 1872 Anwaltstätigkeit am Oberappellationsgericht in Köln und am Landgericht Koblenz, 1880 am Kammergericht, ab 1881 am Oberlandesgericht Jena und ab 1887 am Reichsgericht in Leipzig. Ab 1882 Lehrtätigkeit an der juristischen Fakultät der Universität Jena, ab Ende der 1880er-Jahre an der Universität Leipzig. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Staatsrecht und Verfassungsgeschichte.

Nach der Reichsgründung war er einige Jahre hauptsächlich journalistisch und politisch tätig. Zwischen 1871 und 1873 leitete er die „Rheinische Zeitung“ (Köln), 1875 - 1878 arbeitete er für die „Nationalzeitung“ (Berlin).

Er gehörte der Deutschen Fortschrittspartei an. Von 1873 bis 1876 war er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1874 - 1877 Mitglied des Reichstages (Wahlkreis Solingen).

Sein Sohn Edmund (1871 - 1926) war Professor der Rechte in Köln und Vorstandsmitglied bei den Farbenfabriken Leverkusen.

¹ Quelle: Haunfelder 2004, S. 96f.

² Quelle: Bruns 1980, S. 112f. und Haunfelder 2004, S. 232f.

Melbeck, Carl Friedrich¹

geb. am 18.3.1816 in Elberfeld als Sohn des Kaufmanns Johann Caspar Melbeck,
gest. am 25.3.1891 in Düsseldorf,
evangelisch.

Schreiberlehrling, 1841 Gerichtsschreiberexamen, 1845 Kreissekretär in Elberfeld,
1848 - 1851 vertretungsweise Verwaltung des Landratsamtes Elberfeld. Als Nachfolger des entlassenen Landrats Julius von dem Bussche-Kessell lenkte Melbeck von 1851 bis 1886 die Geschicke des Kreises Solingen.

Von 1855 bis 1858 und 1888 bis 1891 war er Mitglied des Landtages bzw. Preußischen Abgeordnetenhauses. Dem Reichstag gehörte er für den Kreis Solingen von 1878 bis 1891 an. Im Abgeordnetenhaus hatte er seinen Platz unter den Nationalliberalen, im Reichstag bei den Abgeordneten der freikonservativen Deutschen Reichspartei.

Rittinghausen, Moritz²

geb. am 12.11.1814 in Hückeswagen als Sohn eines Bürgermeisters und Aktuars,
gest. am 29.12.1890 in Ath (Belgien),
katholisch.

Kaufmann und Schriftsteller in Köln, 1848 - 1849 Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln. 1849 bis 1858 im Exil in Frankreich und Belgien, 1858 Rückkehr nach Deutschland. Obwohl er - wohl wegen seiner Kritik an Lassalle - nicht Mitglied war, kandidierte Rittinghausen 1867 für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) im Wahlkreis Köln 1 für den Reichstag des Norddeutschen Bundes. 1869 gehörte er zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) und war 1869 und 1872 Delegierter auf den Kongressen der Internationalen Arbeiter-Association. Nach dem Zusammenschluss von ADAV und SAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) 1875 geriet er zunehmend in Konflikt mit der Partei, da er sich der „seit dem Sozialistengesetz zur Existenzbedingung gewordenen Kriegsdisciplin nicht habe fügen wollen“³.

1848 war er Mitglied des Frankfurter Vorparlaments. Dem Reichstag gehörte er von 1877 bis 1878 und von 1881 bis 1884 an (Wahlkreis Solingen). Noch vor der Wahl zum 6. Reichstag wurde er 1884 aus der Partei ausgeschlossen. Er kandidierte als Unabhängiger, erreichte aber kaum 5 % der Stimmen. Daraufhin zog er sich aus der Politik zurück.

Sabin, Louis⁴

geb. am 23.6.1851 in Solingen,
gest. am 12.11.1914 in Solingen,
evangelisch.

Fabrikant in Solingen, 1876 Mitbegründer und bis zu seinem Tod Mitinhaber der Stahlwarenfabrik Böntgen & Sabin.

¹ Quelle: Rosenthal 1975, S. 15f. und Romeyk 1994 (mit weiterer Literatur), S. 625.

² Quelle: Schaberg 1958 (I), S. 29f. und Schröder 1995, S. 679.

³ Flugblatt zu den Wahlen 1884, zit. bei Schaberg 1958, S. 30.

⁴ Quelle: Rosenthal 1975, S. 24 und Haunfelder 2004, S. 345f.

Vorsitzender der links- und wirtschaftsliberalen Deutsch-Freisinnigen Partei im Kreis Solingen; Inhaber zahlreicher kommunaler Ehrenämter und Vorsitzender des Verbandes Solinger Fabrikanten-Vereine.

Mitglied des Reichstages 1898 - 1903 (Wahlkreis Solingen). Sein Wahlsieg ist auf die Konkurrenz der beiden SPD-Kandidaten Georg Schumacher und Philipp Scheidemann zurückzuführen.

Scheidemann, Philipp¹

geb. am 26.7.1865 in Kassel als Sohn eines Tapezierer- und Polsterermeisters, gest. am 29.11.1939 in Kopenhagen, Dissident.

Schriftsetzer, bis 1895 Tätigkeit als Schriftsetzergehilfe, Korrektor und Faktor. Seit 1883 Mitglied der SAPD. Ab 1890 nebenamtlicher, ab 1895 hauptamtlicher Mitarbeiter und Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen. Bei der Reichstagswahl 1898 vergebliche Kandidatur im konfliktreichen Wahlkreis Solingen. 1906 - 1911 Stadtverordneter, 1920 - 1925 Oberbürgermeister in Kassel. Ab 1911 Ämter im Parteivorstand, ab 1917 auch in dessen Vorsitz. 1912 - 1918 Vizepräsident des Reichstages, 1918/19 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, 1919 Reichsministerpräsident. 1933 über Österreich und die Tschechoslowakei nach Dänemark emigriert.

Mitglied des Reichstages 1903 - 1918 (Wahlkreis Solingen), 1919 - 1933 (Wahlkreis Hessen-Nassau)

Schumacher, Georg²

geb. 31.10.1844 als Sohn eines Gerbers in Köln, gest. am 16.7.1917 in Köln, Dissident.

Gerber und (ab 1879) Lederhändler in Solingen, 1877/78 Redakteur der „Freien Presse“ in Köln, 1905 Redakteur des „Volksblatt“ in Bochum, 1906 Rückkehr nach Köln und Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“.

1869 SAP, in den 1870er-Jahren zeitweilig Mitglied des zentralen Parteiausschusses. Wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Frage nach der besten gewerkschaftlichen Organisationsform kam es in den 1890er-Jahren zu den „Solinger Wirren“, in denen Schumacher mit Rücksicht auf die besondere Beschäftigungsstruktur im Bergischen Industriegebiet für Fachvereine eintrat und sich damit gegen eine Gruppe um die „Bergische Arbeiterstimme“ stellte, die einen starken Zentralverband favorisierte. Der Konflikt kulminierte anlässlich der Wahl des Jahres 1898, bei der Schumacher entgegen einer dem Hamburger Parteitag gegebenen Zusage gegen Philipp Scheidemann kandidierte. Dies führte dazu, dass der Wahlkreis nach 14 Jahren für die Sozialdemokraten verloren ging. Schumacher wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Mitglied des Reichstages 1884 - 1898 (Wahlkreis Solingen).

¹ Quelle: Schaberg 1958 (IV), S. 43f. und Schröder 1995, S. 717.

² Quelle: Schaberg 1958 (II), S. 34f., Schaberg 1958 (III), S. 39f., Schaberg 1958 (IV), S. 43f. und Schröder 1995, S. 743.

Anhang

Die Reichstagswahl-Ergebnisse im Deutschen Reich, im Regierungsbezirk Düsseldorf, im Wahlkreis Solingen und in Leverkusen (jeweils Hauptwahl)

Wahl/ Gebiet	gültige Stimmen in %							
	insges.	linkslib.	nat.-lib.	freikon.	dt.-kon.	Zentr.	Soz.-d.	Sonst.
1871								
Reich	100,0	16,0	30,1	8,9	14,1	18,6	3,2	9,0
Rb. D.	100,0	6,5	29,7	5,9	2,9	41,3	13,6	0,1
W. SG	100,0		52,5	-	-	29,6	17,8	0,1
Leverk.	100,0		27,3	-	-	69,3	3,4	-
1874								
Reich	100,0	9,7	29,6	7,2	6,9	27,9	6,8	11,8
Rb. D.	100,0	5,4	22,4	7,3	0,1	54,2	10,3	0,3
W. SG	100,0		42,2	-	-	29,6	28,1	0,1
Leverk.	100,0		21,0	-	-	73,5	5,4	-
1877								
Reich	100,0	10,2	27,2	7,9	9,7	24,8	9,1	11,0
Rb. D.	100,0	1,9	33,3	0,2	-	51,0	13,5	0,1
W. SG	100,0		36,3	-	-	27,8	35,8	0,1
Leverk.	100,0		21,5	-	-	71,8	6,7	-
1878								
Reich	100,0	9,4	23,1	13,6	13,0	23,1	7,6	10,2
Rb. D.	100,0	0,5	20,1	20,7	-	49,5	9,1	0,1
W. SG	100,0	4,6	39,7	-	-	26,4	29,4	0,0
Leverk.	100,0	2,0	24,6	-	-	68,2	5,2	-
1881								
Reich	100,0	21,2	14,6	7,4	16,3	23,2	6,1	11,1
Rb. D.	100,0	11,8	12,2	3,9	10,6	52,8	8,5	0,2
W. SG	100,0	15,7	19,8	-	-	27,9	36,5	0,1
Leverk.	100,0	10,6	15,0	-	-	70,3	4,1	-

Wahl/ Gebiet	gültige Stimmen in %							
	insges.	linkslib.	nat.-lib.	freikon.	dt.-kon.	Zentr.	Soz.-d.	Sonst.
1884								
Reich	100,0	17,6	17,6	6,8	15,2	22,6	9,7	10,4
Rb. D.	100,0	8,6	24,3	3,8	0,1	50,1	13,0	0,1
W. SG	100,0	12,5	18,8	-	-	28,3	40,2	0,1
Leverk.	100,0	9,8	11,4	-	-	69,0	9,6	0,2
1887								
Reich	100,0	12,9	22,3	9,8	15,2	20,1	10,1	9,6
Rb. D.	100,0	3,7	18,2	14,5	-	47,1	13,6	2,9
W. SG	100,0	3,7			29,2	23,3	43,7	0,1
Leverk.	100,0	3,4			19,8	58,3	18,5	-
1890								
Reich	100,0	16,0	16,3	6,7	12,4	18,6	19,7	10,3
Rb. D.	100,0	7,6	12,3	10,2	0,7	43,8	21,8	3,6
W. SG	100,0	4,4	3,8	-	-	24,9	66,1	0,8
Leverk.	100,0	3,4	2,7	-	-	66,2	27,7	-
1893								
Reich	100,0	12,1	13,0	5,7	13,5	19,1	23,3	13,3
Rb. D.	100,0	5,9	10,4	11,8	5,0	40,4	22,0	4,5
W. SG	100,0	3,4	26,5	-	-	21,8	48,0	0,3
Leverk.	100,0	4,1	21,5	-	-	56,8	17,1	0,5
1898								
Reich	100,0	9,7	12,5	4,4	11,1	18,8	27,2	16,3
Rb. D.	100,0	7,8	10,1	12,1	0,0	41,9	22,3	5,8
W. SG	100,0	-	25,2	-	-	23,5	50,7	0,6
Leverk.	100,0	-	18,8	-	-	62,2	18,8	0,2

Wahl/ Gebiet	gültige Stimmen in %							
	insges.	linkslib.	nat.-lib.	freikon.	dt.-kon.	Zentr.	Soz.-d.	Sonst.
1903								
Reich	100,0	8,2	13,9	3,5	10,0	19,7	31,7	12,9
Rb. D.	100,0	3,7	12,9	9,6	-	39,3	32,0	2,5
W. SG	100,0	-	19,1	-	2,2	21,4	57,1	0,2
Leverk.	100,0	-	14,0	-	0,3	50,6	34,9	0,3
1907								
Reich	100,0	9,7	14,5	4,2	9,4	19,4	28,9	13,9
Rb. D.	100,0	3,2	19,4	5,0	-	39,2	30,1	3,1
W. SG	100,0	-	28,2	-	-	20,8	50,9	0,2
Leverk.	100,0	-	21,9	-	-	44,4	33,2	0,5
1912								
Reich	100,0	12,3	13,6	3,0	9,2	16,4	34,8	10,7
Rb. D.	100,0	5,0	16,0	2,6	0,8	35,8	34,5	5,3
W. SG	100,0	23,1	-	-	2,1	18,6	55,5	0,7
Leverk.	100,0	19,4	-	-	1,2	36,2	41,9	1,2
Die Deutsche Volkspartei wurde bis 1907 den sonstigen Parteien, 1912 den „Linksliberalen“ zugeordnet.								

Die Sitzverteilung im Reichstag nach den Wahlen von 1871 bis 1912

Legis- latur- periode	Sitze							
	insges.	linkslib.	nat.-lib.	freikon.	dt.-kon.	Zentr.	Soz.-d.	Sonst.
1871 – 1874	382	76	125	37	57	63	2	22
1874 – 1877	397	52	155	33	22	91	9	35
1877 – 1878	397	48	128	38	40	93	12	38
1878 – 1881	397	36	99	57	59	94	9	43
1881 – 1884	397	106	47	28	50	100	12	54
1884 – 1887	397	67	51	28	78	99	24	50
1887 – 1890	397	32	99	41	80	98	11	36
1890 – 1893	397	66	42	20	73	106	35	55
1893 – 1898	397	37	53	28	72	96	44	67
1898 – 1903	397	41	46	23	56	102	56	73
1903 – 1907	397	30	51	21	54	100	81	60
1907 – 1912	397	42	54	24	60	105	43	69
1912 – 1918	397	42	45	14	43	91	110	52
Die Deutsche Volkspartei wurde bis 1907 den sonstigen Parteien, 1912 den „Linksliberalen“ zugeordnet.								

Quellenverzeichnis

(Wahlergebnisse / Stimmen und Stimmenanteile)

Bramann, W.:

Die Reichstagswahlen im Wahlkreise Solingen 1867 - 1890, Köln 1973 (Schriften zur Rheinischen Geschichte, H. 1)

Braun, R.:

Gründung der Leverkusener SPD: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) in Schlebusch 1868/1869, in Bürrig und in Neukirchen 1869, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (I), S. 18ff.

Braun, R.:

Verfolgt vom Kaiser und der Polizei: Die SPD während der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (II), S. 37ff.

Braun, R.:

Die Gründung des SPD-Volkvereins im Jahre 1904 und die Jahre bis zum 1. Weltkrieg, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (III), S. 51ff.

Kaiserliches Statistisches Amt (Bearb.): Statistik der Reichstagswahlen von 1907 - Dritter Teil, Berlin 1907

Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Statistik des Deutschen Reichs, Band 250: Die Reichstagswahlen von 1912, Berlin 1913

John, G.:

Der Raum Leverkusen 1815 bis 1914, in: KulturStadtLev - Stadtarchiv (Hrsg.): Leverkusen - Geschichte einer Stadt am Rhein, Bielefeld 2005, S. 227ff.

Müller, R.:

Upladhin - Opladen Stadtchronik, 4. Aufl., Leverkusen 1987

Müller, R.:

Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der SPD in Opladen bis zum Ersten Weltkrieg, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994, S. 78ff.

Ritter, G. A.:

Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch - Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871-1918 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1980

Schaberg, R.:

Denkwürdigste Wahl in Solingens Geschichte, in: Die Heimat - Beilage zum Solinger Tageblatt - Mitteilungsblatt des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen, Jg. 24, Nummer 11, November 1958 (IV), S. 44

Specht, F. u. Schwabe, P. (Neubearb.):

Die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1903 - Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnisse der gewählten Abgeordneten, 2. Aufl., Berlin 1904

Statistisches Reichsamt (Hrsg.):

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 446f.

Zeitungen:

Verkündiger vom 08.03.1871

Verkündiger vom 10.12.1873

Verkündiger vom 14.01.1874

Verkündiger vom 24.01.1874

Verkündiger vom 13.01.1877

Verkündiger vom 24.01.1877

Verkündiger vom 03.08.1878

Verkündiger vom 14.08.1878

Verkündiger vom 02.11.1881

Verkündiger vom 12.11.1881

Verkündiger vom 30.10.1884

Verkündiger vom 01.11.1884

Verkündiger vom 11.11.1884

Verkündiger vom 24.02.1887

Verkündiger vom 05.03.1887

Verkündiger vom 22.02.1890

Verkündiger vom 17.06.1893

Verkündiger vom 27.06.1893

Verkündiger vom 21.06.1898

Verkündiger vom 28.06.1898

Der Bote vom 13.01.1877

Der Bote vom 24.01.1877

Der Bote vom 03.08.1878

Der Bote vom 14.08.1878

Der Bote vom 01.11.1881

Der Bote vom 12.11.1881

Der Bote vom 22.02.1890

Bergische Arbeiterstimme vom 17.06.1903

Bergische Arbeiterstimme vom 18.06.1903

Bergische Arbeiterstimme vom 26.01.1907

Bergische Arbeiterstimme vom 13.01.1912

Bergische Arbeiterstimme vom 16.01.1912

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 05.03.1871

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 25.01.1874

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 28.01.1874

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 12.01.1877

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 21.01.1877

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 30.06.1878

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 02.08.1878

Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 11.08.1878
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 27.10.1881
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 29.10.1881
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 08.11.1881
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 30.10.1884
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 10.11.1884
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 20.01.1887
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 22.01.1887
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 22.02.1887
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 03.03.1887
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 21.02.1890
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 18.05.1893
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 10.06.1893
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 16.06.1893
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 24.06.1893
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 05.05.1898
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 11.06.1898
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 15.06.1898
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 17.06.1898
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 25.06.1898
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 17.06.1903
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 26.01.1907
Solinger Kreis-Intelligenzblatt vom 13.01.1912
Neukirchener Zeitung vom 31.10.1884
Neukirchener Zeitung vom 11.11.1884

Opladener Zeitung vom 17.06.1903

Opladener Zeitung vom 26.01.1907

Opladener Zeitung vom 28.01.1907

Gräfrather Zeitung vom 18.06.1898

Gräfrather Zeitung vom 25.06.1898

Walder Zeitung vom 24.06.1898

Archivmaterialien:

Stadtarchiv Leverkusen: Akte 50.10

Stadtarchiv Solingen: Akte S 36

Stadtarchiv Solingen: Akte S 37

Stadtarchiv Solingen: Akte S 38

Stadtarchiv Solingen: Akte S 39

Stadtarchiv Solingen: Akte W 42

Stadtarchiv Solingen: Akte H 29

Stadtarchiv Solingen: Akte O 63

Stadtarchiv Solingen: Akte O 64

Stadtarchiv Solingen: Akte G 35

Stadtarchiv Solingen: Akte W 41

Stadtarchiv Solingen: Akte W 43

Stadtarchiv Solingen: Akte W 44

Stadtarchiv Solingen: Akte W 45

**Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf:
Regierung Düsseldorf, Präsidialbüro Nr. 578**

**Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf:
Regierung Düsseldorf, Präsidialbüro Nr. 600**

**Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf:
Regierung Düsseldorf, BR 1021 Nr. 12165**

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf:
Regierung Düsseldorf, Landratsamt Solingen Nr. 417

Bundesarchiv Berlin: Bestand R 43 - Akte 1792

Bundesarchiv Berlin: Bestand R 43 - Akte 1799

Literaturhinweise

Alemann, U. von:

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen (Leverkusen) 2000 (Schriftenreihe Grundwissen Politik, Bd. 26)

Berghahn, V.:

Das Kaiserreich 1871 - 1914, Stuttgart 2003 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 10., völlig neu bearbeitete Auflage, Bd. 16)

Boldt, H.:

Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1993 (2. Aufl.)

Bramann, W.:

Die Reichstagswahlen im Wahlkreise Solingen 1867 - 1890, Köln 1973 (Schriften zur Rheinischen Geschichte, H. 1)

Braun, R.:

Gründung der Leverkusener SPD: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) in Schlebusch 1868/1869, in Bürrig und in Neukirchen 1869, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (I), S. 18ff.

Braun, R.:

Verfolgt vom Kaiser und der Polizei: Die SPD während der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 - 1890, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (II), S. 37ff.

Braun, R.:

Die Gründung des SPD-Volkvereins im Jahre 1904 und die Jahre bis zum 1. Weltkrieg, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994 (III), S. 51ff.

Bruns, R.:

Peter Kloeppe, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, 1980, S. 112f.

Contze, C. / Bubner, K. (Hrsg.):

Carl Friedrich Melbeck - Landrat des Kreises Solingen von 1851 bis 1886 (zusammengestellt aus seinem Tagebuch, seinen Briefen und zeitgenössischen Dokumenten), Leichlingen 1963

Görtemaker, M.:

Deutschland im 19. Jahrhundert, Opladen (Leverkusen) 1996 (5. Aufl.) (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 274)

Haunfelder, B.:

Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871 - 1918, Münster 2004

John, G.:

Der Raum Leverkusen 1815 bis 1914, in: KulturStadtLev - Stadtarchiv (Hrsg.): Leverkusen - Geschichte einer Stadt am Rhein, Bielefeld 2005, S. 227ff.

Kaack, H.:

Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971

KulturStadtLev - Stadtarchiv (Hrsg.):

Leverkusen - Geschichte einer Stadt am Rhein, Bielefeld 2005

Lösche, P.:

Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 1993

Müller, R.:

Upladhin - Opladen Stadtchronik, Leverkusen 1987 (4. Aufl.)

Müller, R.:

Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der SPD in Opladen bis zum Ersten Weltkrieg, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994, S. 78ff.

Nebelin, M:

Philipp Scheidemann (1865-1939): Reichstagsabgeordneter für unseren Kreis 1903 - 1919, in: SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.): 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994, Leverkusen 1994, S. 86

Nicolini, G.:

Die Ergebnisse der politischen Wahlen in Leverkusen von 1946 bis 1990, Leverkusen 1993

Nicolini, G.:

Die Ergebnisse der politischen Wahlen in Leverkusen von 1919 bis 1933, Leverkusen 1999

Nipperdey, T.:

Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961

Rauchenbichler, U. (Bearb.):

Bergische Bibliographie, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, 91. Band (1984/85), S. 1ff.

Ritter, G. A.:

Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch - Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871 - 1918, München 1980 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte)

Ritter, G. A.:

Die deutschen Parteien 1830 - 1914 - Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985

Romeyk, H.:

Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816 - 1945, Düsseldorf 1994 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. 69)

Rosenthal, H.:

Solingen - Geschichte einer Stadt, Bd. III: Aus der Zeit von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Duisburg 1975

Schaberg, R.:

Rittinghausen, ein Demokrat reiner Prägung - Reichstagsabgeordneter für Solingen 1877 bis 1881 - Doppelkandidatur von 1884, in: Die Heimat - Beilage zum Solinger Tageblatt - Mitteilungsblatt des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen, Jg. 24, Nummer 8, August 1958 (I), S. 29f.

Schaberg, R.:

Ein peinliches Kapitel Solinger Parteigeschichte - Der „Solinger Streit“ als Höhepunkt der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, in: Die Heimat - Beilage zum Solinger Tageblatt - Mitteilungsblatt des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen, Jg. 24, Nummer 9, September 1958 (II), S. 34f.

Schaberg, R.:

Ein Machtkampf bis zum bitteren Ende - Hier Reichstagsabgeordneter - dort Volksverein, in: Die Heimat - Beilage zum Solinger Tageblatt - Mitteilungsblatt des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen, Jg. 24, Nummer 10, Oktober 1958 (III), S. 39f.

Schaberg, R.:

Denkwürdigste Wahl in Solingens Geschichte - Der Beginn der Karriere Scheidemanns - Und Schumacher kandidierte doch, in: Die Heimat - Beilage zum Solinger Tageblatt - Mitteilungsblatt des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen, Jg. 24, Nummer 11, November 1958 (IV), S. 43f.

Scheidemann, P.:

Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928

Schröder, W. H.:

Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 - 1933. Biographien - Chronik - Wahldokumentation, Düsseldorf 1995 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7)

Schwarz, M.:

Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965

SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hrsg.):

125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69 - 1994 - Ein Beitrag zur Entwicklung der SPD und der Arbeiterbewegung in Bergisch Neukirchen, Bürrig, Hitdorf, Küppersteg, Lützenkirchen, Opladen, Rheindorf, Schlebusch, Steinbüchel, Wiesdorf und Leverkusen, Leverkusen 1994

Specht, F. u. Schwabe, P. (Neubearb.):

Die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1903 - Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnisse der gewählten Abgeordneten, Berlin 1904 (2. Aufl.)

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):

50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919 - 1968, Düsseldorf 1969 (Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 244)

Statistisches Reichsamt (Hrsg.):

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926

Tormin, W.:

Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart 1966

Weiß, Lothar:

Wahlen im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 2006 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XII. Abteilung 1b Neue Folge 9. Lieferung: Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/6-8)

Abkürzungshinweise

ADAV	= Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (1863 - 1875)
Chr.-Soz.	= Christlich-Soziale Partei (ab 1881)
DDP	= Deutsche Demokratische Partei (Weimarer Republik)
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei (Weimarer Republik)
Dt. Fort.	= Deutsche Fortschrittspartei (1861 - 1884)
Dt. Frei.	= Deutsche Freisinnige Partei (1884 - 1893)
DVP	= Demokratische Volkspartei (Weimarer Republik)
FDP	= Freie Demokratische Partei (Bundesrepublik Deutschland)
F. Volksp.	= Fortschrittliche Volkspartei (ab 1910)
Nat.-lib.	= Nationalliberale Partei (ab 1867)
SAP	= Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869 - 1875)
SAPD	= Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875 - 1891)
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands (seit 1891)